

Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2014  
Schlussbericht

Vorlage Nr. 167a/2015



**Tübingen**  
Universitätsstadt

August 2015

Impressum

Herausgegeben von der Universitätsstadt Tübingen

Fachbereich Revision

Vorlage Nr.: 167a/2015

Redaktion: Berthold Rein

Layout und Druck: Reprintstelle Hausdruckerei

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Angaben</b>	<b>3</b>
<b>Prüfungsauftrag</b>	<b>4</b>
Allgemeines	4
Abwicklung des Schlussberichts 2013	5
Vorlage der Jahresrechnung 2014	5
Pflichtaufgaben	6
Prüfung der Jahresrechnung (§ 110 GemO)	6
Kannaufgaben	7
Übertragene Aufgaben	7
Prüfung bei Dritten	7
Kooperationen und Arbeitskreise	7
<b>Zusammenfassung des Haushaltsjahres</b>	<b>9</b>
Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse	9
<b>Allgemeine finanzielle Lage</b>	<b>10</b>
Leistungskraft des Haushaltes – Zuführungsrate	10
Nettoinvestitionsrate	12
Finanzierung des Vermögenshaushaltes	13
Mehreinnahmen im Vermögenshaushalt	13
Schulden	14
Zinsbelastung	14
Schuldenstand einschließlich der Eigenbetriebe	15
<b>Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung</b>	<b>16</b>
Allgemeine Haushaltsgrundsätze	16
Entwicklung und Struktur der Einnahmen	16
Haushaltssatzung und Haushaltsplan	18
Haushaltssatzung	18
Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde	18
Jahresrechnung und -ergebnis 2014	19
Verwaltungshaushalt	19
Vermögenshaushalt	19
Ausführung des Haushaltsplanes	20
Deckungskreise bzw. Ämterbudgets	20
Eingesparte Budgetmittel	20
Über- und außerplanmäßige Ausgaben	20
Haushaltseinnahme- und Ausgabereste	21
Kostenrechnende Einrichtungen (KRE)	23
Sonderrechnung	24
Kasse und Rechnungslegung	24
Kassenbestand und Liquidität	24
Kassenkredite	24
Kasseneinnahmereste (KER)	24
Kassenausgabereste (KAR)	26

Laufende Prüfung der Kassenvorgänge (§ 112 Abs. 1 Nr. 1 GemO)	26
Kassenüberwachung	26
Vorräte und Vermögensbestände, Bestandsverzeichnisse	27
Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts	27
Erfassung und Bewertung des städtischen Vermögens	28
Buchführung	29
<b>Prüfungspunkte der Vorjahre</b>	<b>29</b>
Festsetzung der Steuerungsumlage bei der Gebührenkalkulation	29
Budgetierung und Mittelbindung	29
Eingruppierung der Leitungen in den Kindertageseinrichtungen	29
<b>Schwerpunktprüfungen 2014</b>	<b>30</b>
Verwaltung – allgemein	30
Anlage und Änderungen von Kreditorenstammdaten in der Finanzbuchhaltung	30
Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung dauerdefizitärer Einrichtungen (Paul-Horn Arena und Sporthalle WHO)	30
Abgleich Vergnügungssteuer mit der Gewerbesteuerveranlagung	31
Verbuchung von Rechnungsbelegen des Vermögenshaushalts im UA 1300 – Feuerlöschwesen	31
Prüfung der Verwendungsnachweise bei den Zuschüssen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz	32
Offene Debitoren- und Kreditorenposten im Buchungskreis 2000	32
Abrechnung der GWG Tübingen 2014	33
Personalprüfung	33
Entwicklung der Personalausgaben	33
Stellenbewertungskommission	36
Neubesetzung von Stellen	36
Eigenbetrieb Tübinger Musikschule (MST)	36
Kommunale Servicebetriebe Tübingen (KST)	37
Eingruppierung der Leitungen in den Kindertageseinrichtungen	38
Prüfung der Bauausgaben	39
Allgemein	39
Vergabeprüfungen im Allgemeinen	39
Vertragswesen HOAI- Ingenieur- und Architektenverträge	40
Bauabrechnungen	41
Prüfung von Nachträgen	41
<b>Betätigungsprüfung</b>	<b>42</b>
Beteiligungsbericht	42
Identifizierung der Risiken im Rahmen der Betätigungsprüfung	42
Eigenbetrieb Kommunaler Servicebetrieb Tübingen (KST)	45
Eigenbetrieb Tübinger Musikschule	46
<b>Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt</b>	<b>46</b>
<b>Bestätigungsvermerk</b>	<b>47</b>

# Universitätsstadt Tübingen

## Allgemeine Angaben

Einwohnerzahl am 31. Dezember 2014 85.419

Zentralörtliche Funktion: Oberzentrum Reutlingen-Tübingen

### Leiter der Verwaltung

seit 11. Januar 2007 Oberbürgermeister Boris Palmer

### Erster Beigeordneter

bis 3. Juli 2014

Erster Bürgermeister Michael Lucke

ab 3. Juli 2014

Erste Bürgermeisterin Dr. Christine Arbogast

### Weitere Beigeordnete

seit 2. April 2010

Baubürgermeister Cord Soehlke

### Fachbeamter / Fachbeamtin für das Finanzwesen

bis 1. März 2014

StVwD Berthold Rein

seit 1. März 2014

StOAR Ulrike Holzbrecher

### Leiter des Rechnungsprüfungsamtes

bis 1. Mai 2014

StOVwR Werner Braun

Kommissarische Leitung

Ellen Clauss

vom 1. Mai 2014 bis 31. August 2014

seit 1. September 2014

StVwD Berthold Rein

## Prüfungsauftrag

### Allgemeines

Nach § 109 Abs. 1 GemO muss die Große Kreisstadt Tübingen ein Rechnungsprüfungsamt als besonderes Amt einrichten, sofern sie sich nicht eines anderen kommunalen Rechnungsprüfungsamtes bedient.

Unabhängig und  
weisungsfrei

Das Rechnungsprüfungsamt ist bei der Erfüllung der ihm zugewiesenen Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Es untersteht im Übrigen dem Oberbürgermeister unmittelbar (§ 109 Abs. 2 GemO). Das Rechnungsprüfungsamt fertigt gemäß § 110 Abs. 2 GemO einen Schlussbericht zur Jahresrechnung; damit legt es Rechenschaft ab über die Erfüllung seiner Aufgaben und informiert über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung. Der Bericht ist dem Gemeinderat vorzulegen.

### Aufgaben

Das Rechnungsprüfungsamt ist ein klassisches Querschnittsamt, das gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben der Eigenprüfung erfüllt und unmittelbar dem Oberbürgermeister untersteht. Das Rechnungsprüfungsamt ist bei der Erfüllung seiner Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

Aufgeschlossen gegenüber den Reformgedanken des Neuen Steuerungsmodells (NSM) der KGSt hat sich das Rechnungsprüfungsamt schon frühzeitig mit Fragen der Effektivität und Effizienz auch bei der Prüfungsarbeit auseinandergesetzt und stellt eine qualifizierte und vorrangig präventive Prüfungsarbeit mit einer deutlichen Wirkung in die Zukunft sicher. Die Zeiten, in denen die Rechnungsprüfung im Nachhinein Fehler reklamierte und mit dem Hinweis künftiger Beachtung „abgespeist“ wurde, sind schon lange vorbei.

Die Grenzen zum operativen Reformgeschäft einerseits und der für ein Rechnungsprüfungsamt vorgeschriebenen Neutralität und Konzentration auf die Prüfungsaufgaben andererseits sind manchmal fließend; dennoch ist das Rechnungsprüfungsamt der Überzeugung, dass nur ein aktives Amt die erforderliche Akzeptanz und Integration in der Verwaltung als unabdingbare Voraussetzung effizienter und mitgestaltender Prüfungsarbeit erhält.

Veränderungen der Aufgabenstellung der örtlichen Prüfung im neuen Steuerungsmodell

Im Rahmen des neuen Steuerungsmodells wurden die Fachbereiche in ihrer Verantwortung und Selbständigkeit gestärkt und gleichzeitig auf ein aussagekräftiges Berichtswesen und Controlling als Elemente der Steuerung und Zielverfolgung verpflichtet. Damit hat sich das Kräfteverhältnis zwischen Verwaltung und Prüfung verschoben.

Im Ergebnis werden die Aufgabenstellung und die Bedeutung der örtlichen Prüfungseinrichtungen durch das Nebeneinander von Controlling und Rechnungsprüfung nicht geschmälert, im Gegenteil. Das Controlling ist ein dynamisches Regelsystem zur Prozesssteuerung, vergleichbar der Kontrolle der Bordinstrumente im Flugzeug durch den Piloten, während die Rechnungsprüfung die Flugbewegungen wie ein Bodenradar aus der Distanz verfolgt und dafür sorgt, dass es im Luftraum wohlgeordnet zugeht. Diese veränderte Zielsetzung geht über die Prüfung eines wie immer gearteten (Jahres-) Rechnungswerks hinaus und sollte ihren Niederschlag in der Namensgebung finden.

### Amt wird Fachbereich

Mit der Neuorganisation der Stadtverwaltung und der Bildung von Fachbereichen ist die Ämterbezeichnung nicht mehr zutreffend. Demzufolge ist die Rechnungsprüfung als eigene Organisationseinheit ebenfalls als Fachbereich einzustufen.

Fachbereich  
Revision

Der neue Name Fachbereich fügt das Amt in das gültige Schema ein. Der Begriff Revision ist weiter als der Begriff Rechnungsprüfung und beschreibt die Arbeit der Mitarbeiter des Fachbereichs zutreffender. Der neue Name gilt ab 1. September 2015. Das dazu passende neue Leitbild wurde von den Mitarbeiter/Innen in einem Workshop erstellt. Ebenso wurde die bisherige Rechnungsprüfungsordnung überarbeitet und in eine neue Revisionsordnung überführt.

### Leitbild einer modernen kommunalen Rechnungsprüfung

Auch die (örtliche) kommunale Rechnungsprüfung befindet sich in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess. Sie sieht sich ebenfalls mit deutlich gestiegenen Anforderungen konfrontiert. Die Prüfung in der heutigen Zeit erfordert neben einem umfangreichen Fachwissen auch eine zielorientierte Prüfung, die über die eigentliche Prüfungsarbeit hinausgeht. So werden neben der Beratung der Ämter und Dienststellen auch die Begleitung von Projekten und Prozessen im Rahmen der präventiven Prüfung immer wichtiger. Dieser Weg hat sich in der Vergangenheit bewährt und wird auch zukünftig verstärkt gefordert sein.

### Abwicklung des Schlussberichts 2013

Der Schlussbericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2013 wurde am 2. Februar 2015 im Verwaltungsausschuss behandelt und am 9. Februar 2015 im Gemeinderat in öffentlicher Sitzung behandelt. In dieser Sitzung hat der Gemeinderat die Jahresrechnung nach § 95 Abs. 2 GemO festgestellt.

Der Beschluss über die Feststellung der Jahresrechnung 2013 wurde am 14. Februar 2015 ortsüblich bekannt gegeben und in der Zeit vom 16. Februar 2015 bis einschließlich 24. Februar 2015 öffentlich ausgelegt. Das Regierungspräsidium Tübingen wurde entsprechend informiert.

### Vorlage der Jahresrechnung 2014

Nach § 95 Abs. 2 GemO ist die Jahresrechnung innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen und vom Gemeinderat innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres festzustellen. Die Jahresrechnung 2014 wurde mit dem Rechenschaftsbericht am 15. Juni 2015 dem Fachbereich Revision zur Prüfung vorgelegt.

## Pflichtaufgaben

Eine Pflichtaufgabe      Der gesetzliche Auftrag des Fachbereichs Revision zur örtlichen Prüfung ergibt sich aus den §§ 110 und 112 Abs. 1 GemO (Pflichtaufgaben).

### **Prüfung der Jahresrechnung (§ 110 GemO)**

Die Jahresrechnung besteht aus:

1. dem kassenmäßigen Abschluss
2. der Haushaltsrechnung
3. der Vermögensrechnung
4. dem Rechenschaftsbericht.

Die Jahresrechnung der Stadt ist nach § 95 Abs. 2 GemO innerhalb der ersten sechs Monate nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen, nach § 110 Abs. 2 GemO innerhalb von 4 Monaten vom Fachbereich Revision zu prüfen und vom Gemeinderat innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres, also bis zum 31. Dezember festzustellen.

Der Prüfungsumfang      Die Prüfung erstreckt sich nach § 110 Abs. 1 GemO darauf, ob

- bei den Einnahmen und Ausgaben und bei der Vermögensverwaltung nach dem
- Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind
- der Haushaltsplan eingehalten worden ist
- das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind

Damit sind die wesentlichen Pflichtaufgaben des Fachbereichs Revision beschrieben. Die Prüfung und die Vorarbeiten zum Schlussbericht beginnen nicht erst mit Übergabe der Jahresrechnung, sondern werden über das ganze Jahr verteilt. Geprüft wurde lückenlos oder stichprobenweise, je nach Notwendigkeit (Fehlerhäufigkeit) und den personellen Möglichkeiten des Amtes.

Im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung hat die sachliche Prüfung, die zugleich eine rechtliche ist, Vorrang (§ 6 GemPrO). Daher nimmt der Fachbereich Revision auch zu Fragen der Ordnungsmäßigkeit Stellung. Außerdem wurden Stellungnahmen, Verfahrenshinweise und gutachterliche Prüfungen zu verschiedenen Angelegenheiten der Verwaltung abgegeben.

Keine politische Bewertung      Politische Entscheidungen hat der Fachbereich Revision nicht zu bewerten. Er hat Fakten zu erheben und diese anhand der Vorgaben der Gemeindeprüfungsordnung (GemPrO) sachlich, rechnerisch und formal zu prüfen.

### **Prüfungsausschlüsse**

Der Leiter des Fachbereichs Revision ist an der Prüfung des Jahresabschlusses 2014 teilweise noch gehindert. Er hat an der Aufstellung des Haushaltsplans 2014 in seiner Zeit als Leiter des Fachbereichs Finanzen verantwortlich mitgewirkt. Für ihn ergibt sich daraus eine Verpflichtung zur Zurückhaltung in der Bewertung der Jahresergebnisse.



## Kannaufgaben

### Übertragene Aufgaben

Von den in § 112 Abs. 2 GemO aufgeführten weiteren Prüfungsaufgaben sind dem Fachbereich Revision vom Gemeinderat folgende Aufgaben übertragen worden:

- die Prüfung der Vergaben
- die Prüfung der Betätigung der Gemeinde als Gesellschafter oder Aktionär in Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (sog. Betätigungsprüfung)
- Buch-, Betriebs- und Kassenprüfungen bei Dritten, die sich die Stadt bei einer Beteiligung, bei der Gewährung eines Darlehens oder in anderen Fällen vorbehalten hat
- die Prüfung der Organisation und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung; seit 30. Juni 2008

### Prüfung bei Dritten

Der Fachbereich Revision legt besonderes Augenmerk auf die Prüfung bei Dritten, wenn diese Dritten zum Teil erhebliche städtische Zuschüsse erhält. Durch diese zusätzlich übernommenen Aufgaben nimmt der Fachbereich Revision insgesamt 31.500 Euro (Vorjahr 33.390 Euro) per anno an Prüfungsgebühren ein.

Auch für Dritte tätig

Die Jahresrechnungen der nachfolgend genannten Gesellschaften oder Vereine wurden vom Fachbereich Revision geprüft:

- Tübinger Zimmertheater GmbH
- Volkshochschule Tübingen e.V.
- Bürger- und Verkehrsverein Tübingen
- Verein zur Förderung des Deutsch-Französischen Kulturinstituts
- Tübinger Musikschule e.V. (Auflösung 2014)
- Verein Hirsch, Begegnungsstätte für Ältere e.V.
- Deutsch-Amerikanisches Institut (d.a.i.)
- Hölderlingesellschaft e.V.
- LTT – Landestheater Württemberg-Hohenzollern (seit 2000)
- Stiftung Kunsthalle (seit 2003)

Sofern der Fachbereich Revision an der Stelle des Wirtschaftsprüfers und mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde die Prüfung von Gesellschaften wahrnimmt, wird jeweils ein eigenständiger Prüfbericht gefertigt und dem Gemeinderat zur Wahrnehmung seiner Aufsichtsrechte vorgelegt. Das war der Fall beim Zimmertheater, der Musikschule und beim KST.

### Kooperationen und Arbeitskreise

Entsprechend einer Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) haben die Städte Reutlingen und Tübingen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Zusammenarbeit ihrer Rechnungsprüfungsämter geschlossen (Kooperationsvertrag). Der Vertrag wurde am 6. Oktober 1999 von Oberbürgermeisterin Russ Scherer und Oberbürgermeister Dr. Schultes unterzeichnet. Eine weitergehende Zusammenarbeit mit dem Ziel, beide Rechnungsprüfungsämter zusammenzulegen wurde geprüft, konnte aber nicht verwirklicht werden. Der Gemeinderat wurde hierüber mit Vorlage 566a/2010 informiert.

Im Rahmen der Kooperation findet ein beständiger Erfahrungsaustausch der Amtsleitungen und Prüfer auf der Ebene der Sachgebietsleitungen mit dem Ziel statt, gemeinsame Prüfungsthemen zu erarbeiten. Es werden mehrere Ziele damit verfolgt. Jede Stadt hat eine andere Struktur. Daraus ergeben sich andere

Prüfungsanforderungen und andere Prüfungsschwerpunkte. Es bilden sich im Laufe der Zeit Spezialisten heraus. Dieses Spezialwissen soll bei der Partnerstadt nutzbar gemacht werden.

Zum zweiten soll die Zusammenarbeit eine vergleichende Prüfung ermöglichen und damit die eigenen Standpunkte absichern.

Im Berichtsjahr wurden hierzu folgende Workshops

- gemeinsamer Austausch - Festlegung mittelfristiger Prüfungsthemen
- Erfahrungsaustausch im Sachgebiet Haushalt und Personalausgaben

durchgeführt.

Ähnliche Ziele verfolgen die verschiedenen Arbeitskreise der Rechnungsprüfungseinrichtungen in den Landkreisen Tübingen und Reutlingen, im Regierungsbezirk, innerhalb der Großen Kreisstädte und der Großstädte. Die Treffen werden vom Fachbereichsleiter wahrgenommen und mit Tübinger Themen bestückt.

## Zusammenfassung des Haushaltsjahres

### Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse

Auch im Jahr 2014 wurde dem städtischen Haushalt wie bereits in den Vorjahren ein gutes Rechnungsergebnis beschert. Im Ergebnis schließt der Verwaltungshaushalt mit Mehreinnahmen in Höhe von rund 18,1 Mio. Euro ab. Die geplante Zuführungsrate von rund 11,2 Mio. Euro wurde um rund 6,8 Mio. übertroffen.

Ergebnis über Plan

Die Haushaltsrechnung 2014 weist eine Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt in Höhe von

18.133.567,02 Euro aus.

Damit wurde die nach § 22 GemHVO vorgeschriebene Mindestzuführungsrate an den Vermögenshaushalt voll erbracht.

Dieses Ergebnis wurde durch Mehreinnahmen insbesondere bei der Gewerbesteuer (+ 1,91 Mio. Euro) und bei den Schlüsselzuweisungen des Landes (+ 1,75 Mio. Euro), sowie bei den Zuweisungen und Zuschüssen (+ 2,39 Mio. Euro) erzielt. Weiterhin wurden auch im Jahr 2013 erhebliche Einsparungen in den Budgets der Ämter und Fachbereiche (+ 1,12 Mio. Euro) erbracht und nicht übertragen.

Die genaue Entwicklung der HH-Gruppierungen ist in **Anlage 1** dargestellt.

Der Vermögenshaushalt schließt mit einem Überschuss in Höhe von rund 0,31 Mio. Euro (Vorjahr 9,15 Mio. Euro) ab, welcher der allgemeinen Rücklage zugeführt wurde.

Im Berichtsjahr 2014 wurde insgesamt ein Betrag in Höhe von rund 11,15 Mio. Euro aus der allgemeinen Rücklage zur Finanzierung des Vermögenshaushalts verwendet.

Das städtische Grundvermögen hat gegenüber dem Vorjahr per Saldo um rund eine Mio. Euro abgenommen. Im Haushaltsjahr 2014 wurden Grundstücke und Gebäude im Wert von 2,47 Mio. Euro verkauft. Der Erwerb lag bei 1,38 Mio. Euro.

In **Anlage 2** ist die Vermögensbilanz der Jahre 1990 bis 2014 dargestellt.

## Allgemeine finanzielle Lage

### Leistungskraft des Haushaltes – Zuführungsrate

Die Zuführungsrate des Verwaltungshaushalts zum Vermögenshaushalt ist eine wichtige Kennzahl für die Leistungskraft des Haushaltes.

Die Entwicklung der Zuführungsrate in den letzten Jahren ist den folgenden beiden Grafiken zu entnehmen:

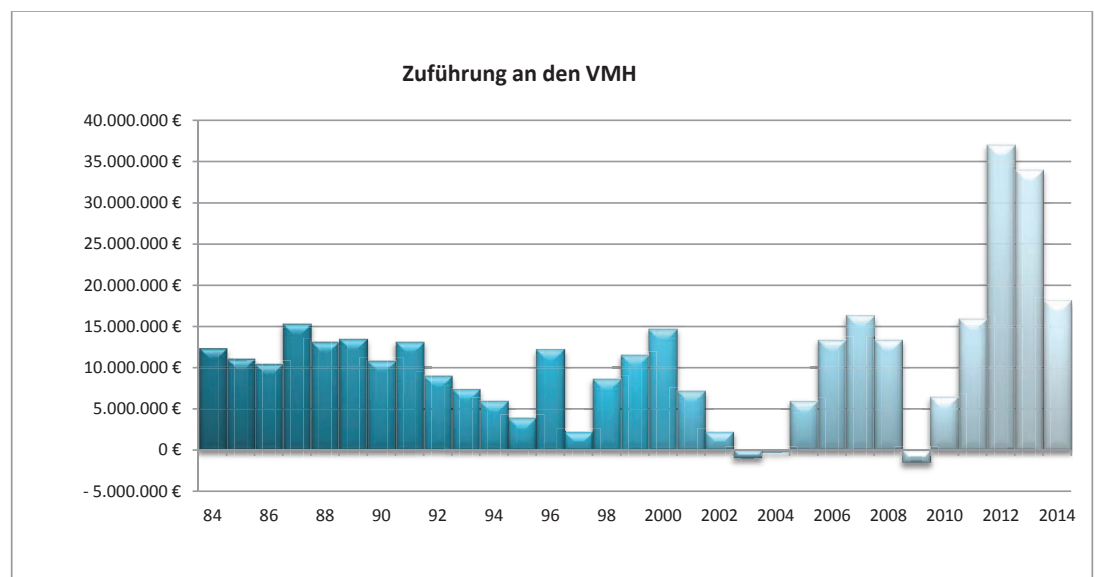


Abbildung 1 Zuführung an den Vermögenshaushalt

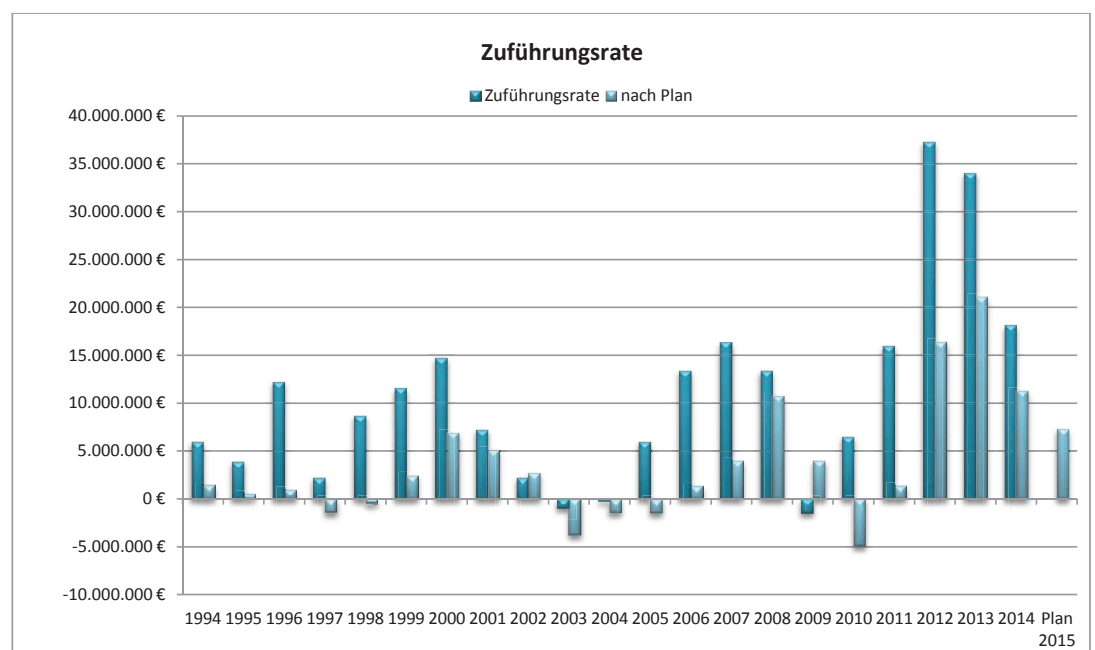


Abbildung 2 Zuführungsrate mit Planansätzen

Wie die Abbildung 1 zeigt, ist die Zuführungsrate stark rückläufig. Sie hat nicht mehr den Stand, der es erlauben würde, allein die höchsten Bauausgaben in der Geschichte der Stadt zu finanzieren. 16,4 Mio. Euro sind eine Mio. Euro höher als der zweithöchste und sechs Mio. Euro höher als der dritthöchste je bei der Stadt gefahrene Hochbauhaushalt. Daher war ein Griff in die Rücklage mit über zehn Mio. Euro unumgänglich. Die hohe Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Zeiten mit den höchsten Steuereinnahmen ist problematisch im Hinblick auf die Funktion der Rücklage. Sie soll in Zeiten niedriger Steuereinnahmen die Funktionsfähigkeit der Stadt sichern. Die Rücklage bleibt aber immer noch auf einem sehr hohen Stand.

Wie der Verlauf der Säulen im obigen Schaubild zeigt, sind in der Vergangenheit auch Zuführungsraten unter der Null vorgekommen. Für diesen Fall ist es günstig, vor der Aufnahme neuer Kredite auf Rücklagen zurückgreifen zu können.

Sodann zur Zuführungsrate selbst. Diese ist nicht alleine wegen zurückgehender Steuereinnahmen – besonders der Gewerbesteuer – um 16 Mio. Euro niedriger als 2013. Denn die Steuer- und Finanzausgleichseinnahmen sind nur von 165 Mio. Euro auf 161 Mio. Euro gesunken. Es muss also weitere Gründe geben und man wird auf Suche nach solchen schnell fündig.

Es ist die überproportionale Steigerung der Kosten, sowohl der Sach- als auch der Personalkosten, besonders aber letzterer. Zur Verdeutlichung möge das folgende Schaubild dienen. In dem Schaubild werden die Personalkosten als der mit Abstand wichtigste Kostenblock der Zuführungsrate gegenübergestellt.

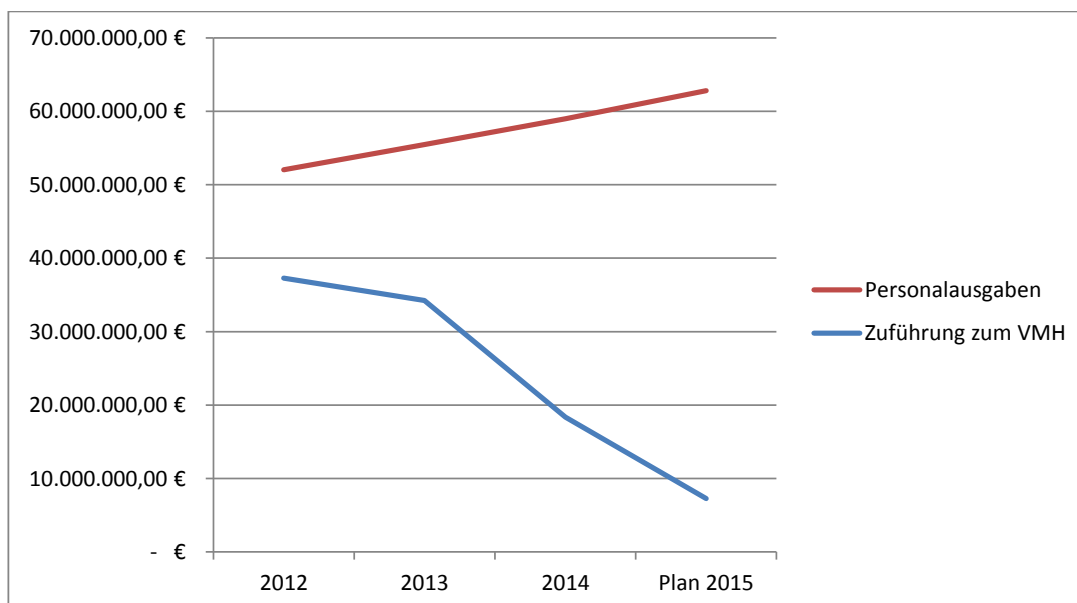


Abbildung 3 Schere Personalausgaben – Zuführungsrate

Aus der Abbildung drei ist ersichtlich, dass die Personalkosten jedes Jahr mindestens drei Mio. Euro höher waren als im Vorjahr. Das ist nur nachhaltig, wenn dadurch der Graph der Zuführungsrate wenigstens waagrecht bleibt. Das Geld, das im Vermögenshaushalt fehlt, wurde also im Verwaltungshaushalt verbraucht. Ein ähnliches Bild ergäbe sich im Übrigen, würde man die Personalkosten im o.g. Schaubild durch andere Kostenarten, etwa die Sachkosten ersetzen.

## Nettoinvestitionsrate

Die Nettoinvestitionsrate oder freie Spitze errechnet sich aus der Zuführungsrate des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt, abzüglich der Tilgungen und der Kreditbeschaffungskosten. Die Nettoinvestitionsrate lässt so den finanziellen kommunalpolitischen Handlungsspielraum erkennen.

Der Aufwand für die ordentliche Tilgung lag im Haushaltsjahr 2014 bei insgesamt 1.261.920,74 Euro (Vorjahr 1.115.929,99 Euro). Bedingt durch die positive Zuführungsrate errechnet sich für das Jahr 2014 eine Nettoinvestitionsrate in Höhe von rund 16,8 Mio. Euro (Vorjahr 32,8 Mio. Euro). Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführungsrate wurde somit mehr als erreicht.

Bezogen auf die Einwohner stellt sich der Verlauf der Nettoinvestitionsraten der vergangenen sechs Jahre wie folgt dar:

Haushaltsjahr 2014	197,52 Euro
Haushaltsjahr 2013	388,77 Euro
Haushaltsjahr 2012	407,11 Euro
Haushaltsjahr 2011	173,07 Euro
Haushaltsjahr 2010	63,50 Euro
Haushaltsjahr 2009	- 27,80 Euro

Der Landesdurchschnitt 2014 beträgt 199 Euro pro Einwohnerin und Einwohner. Hier liegt Tübingen auf demselben Niveau, allerdings ist diese Zahl nur eingeschränkt vergleichbar.

Die Entwicklung der Nettoinvestitionsrate im Vergleich zum Landesdurchschnitt ist nachfolgend dargestellt:

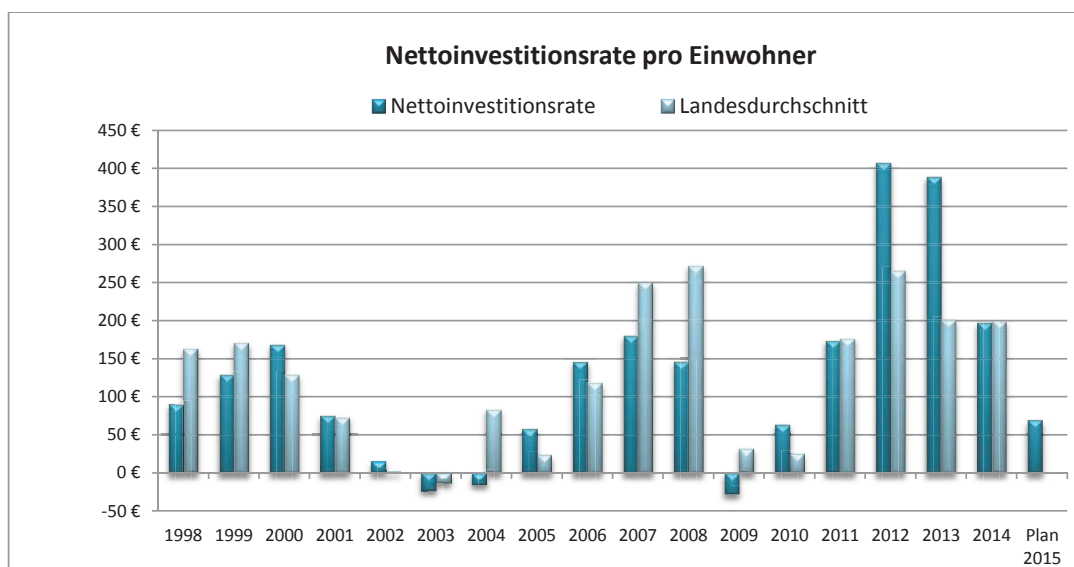


Abbildung 4 Nettoinvestitionsrate pro Einwohnerin und Einwohner

Auch dieses Schaubild untermauert die Ausführungen oben zu der Zuführungsrate. Die eigene Investitionskraft der Stadt war im Jahr 2013 doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt. Ebenso überdurchschnittlich war sie im Jahr 2012 und ist dann 2014 auf den Landesdurchschnitt abgesackt, vom Haushaltsplan 2015 nicht zu reden. Es ist augenfällig, dass mit dieser geringen Investitionskraft die höchsten Hochbauausgaben der Stadtgeschichte nur unter Auflösung aller Reserven zu schultern sind.

## Finanzierung des Vermögenshaushaltes

Die Finanzierung des Vermögenshaushalts 2014 erfolgte im Wesentlichen aus der Zuführung vom Verwaltungshaushalt (18,3 Mio. Euro), der Entnahme aus Rücklagen (11,1 Mio. Euro), den Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen (1,6 Mio. Euro) und den Veräußerungen von Sachen des Anlagevermögens (2,5 Mio. Euro).

### Mehreinnahmen im Vermögenshaushalt

Durch die außerplanmäßige Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Höhe von 6.859.402 Euro konnte der Vermögenshaushalt ausgeglichen werden. Die verbleibenden Mehreinnahmen in Höhe von 308.500 Euro wurden der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

## Vermögenslage – Rücklagen

### Vermögensrechnung

Die Vermögensrechnung ist Bestandteil der Jahresrechnung (§ 95 Abs. 1 GemO). Die wesentlichen Bestandteile der Vermögensrechnung sind derzeit immer noch im ShV (Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge) abgebildet und wurden im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung geprüft.

In Vorbereitung auf das neue Haushaltsrecht wird derzeit das gesamte städtische Anlagevermögen erfasst, bewertet und in die Anlagebuchhaltung aufgenommen. Damit wird die bislang aufgestellte Geldvermögensrechnung sukzessive abgelöst. Das bisher bewertete Anlagevermögen, die sonstigen Vermögenswerte, sowie der Rücklagenbestand (Basiskapital), die Investitionszuschüsse und -beiträge und die Verbindlichkeiten wurden analog zum neuen Haushaltsrecht in einer vorläufigen Bilanz (Anlage 5) ausgewiesen.

Entsprechend der Vermögensbilanz hat sich der Vermögensbestand zum 31. Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahr mit rund 550 Mio. Euro auf rund 584 Mio. Euro vermehrt.

Vermögensbestand  
auf Rekordhöhe

Im Rechenschaftsbericht des Fachbereichs Finanzen werden die Vermögensbestände und die Vermögensanlagen wie bisher in Form einer Geldvermögensrechnung einzeln dargestellt.

### Allgemeine Rücklage

Der Rücklagenbestand beläuft sich zum 31. Dezember 2014 auf insgesamt 38.770.911,78 Euro und hat sich gegenüber dem Vorjahr mit 48.661.454,32 Euro um rund zehn Mio. Euro vermindert.

Rücklagen nehmen  
ab

Die Veränderung der Rücklagen 2014 und die Entwicklung des Rücklagenbestandes sind im Rechenschaftsbericht 2014 detailliert dargestellt. Der Stand der nicht gebundenen Rücklagen liegt bei 33.890.953,81 Euro (Vorjahr 44.559.648,41 Euro) und erfüllt die gesetzlichen Vorgaben.

Der Mindestbetrag richtet sich nach § 20 Abs. 2 GemHVO und beträgt mindestens zwei Prozent der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre. Demzufolge errechnet sich eine Mindestrücklage in Höhe von 4.481.204,72 Euro.

Die Entwicklung der Allgemeinen Rücklage ist nachfolgend dargestellt:

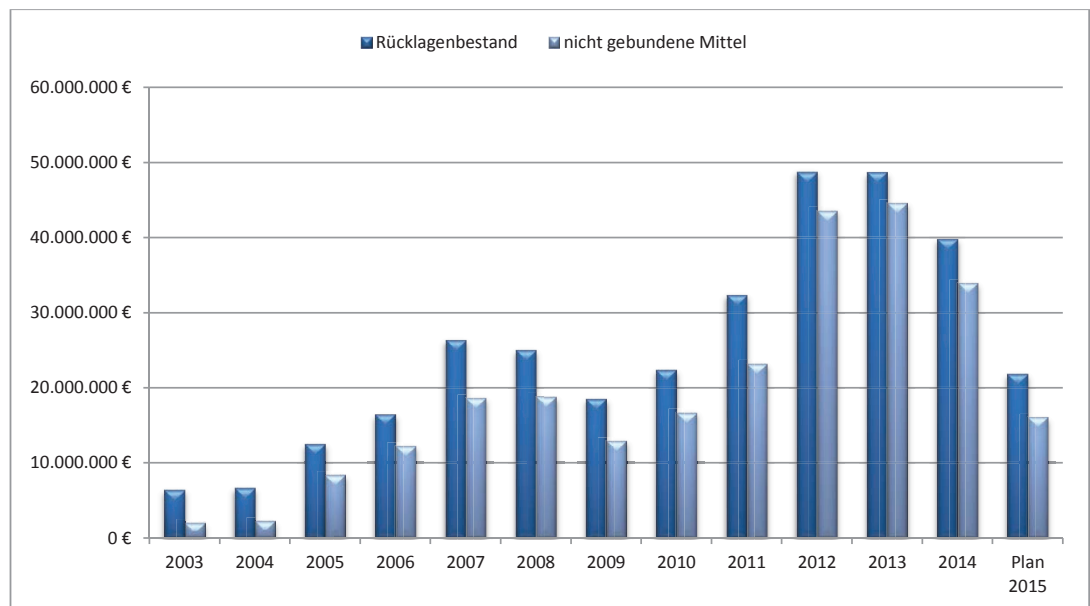


Abbildung 5 Allgemeine Rücklage

## Schulden

Schulden nehmen  
ab

Der Schuldenstand des städtischen Haushalts (ohne Eigenbetriebe) zu Beginn des Jahres 2014 belief sich auf insgesamt 31.411.200,58 Euro. Im Jahr 2013 wurden neue Kredite in Höhe von 230.000 Euro aufgenommen. Nach Abzug der geleisteten Tilgungen errechnet sich zum Stichtag 31. Dezember 2014 ein Schuldenstand von 30.379.279,84 Euro (Kämmereischulden).

Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt bei 355 Euro/Einwohner/-in und hat sich bedingt durch die veränderte Einwohnerzahl gegenüber dem Vorjahr mit 371 Euro/Einwohner/-in leicht vermindert. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt mit 414 Euro pro Einwohnerin und Einwohner liegt Tübingen darunter; allerdings ist der Landesdurchschnitt ein nur eingeschränkt verwendbarer Vergleichswert, da hier die verschiedenartigsten Haushaltsstrukturen zusammengefasst werden.

## Zinsbelastung

Im Berichtsjahr betrug die Zinsbelastung für den städtischen Haushalt 881.905 Euro (Vorjahr 995.748 Euro). Eine Folge der niedrigen Zinsen bei Verlängerung nach auslaufender Zinsbindung und der regelmäßigen Tilgungen.



## Schuldenstand einschließlich der Eigenbetriebe

Im nachfolgenden Schaubild ist die Entwicklung der Schulden einschließlich der Eigenbetriebe dargestellt:

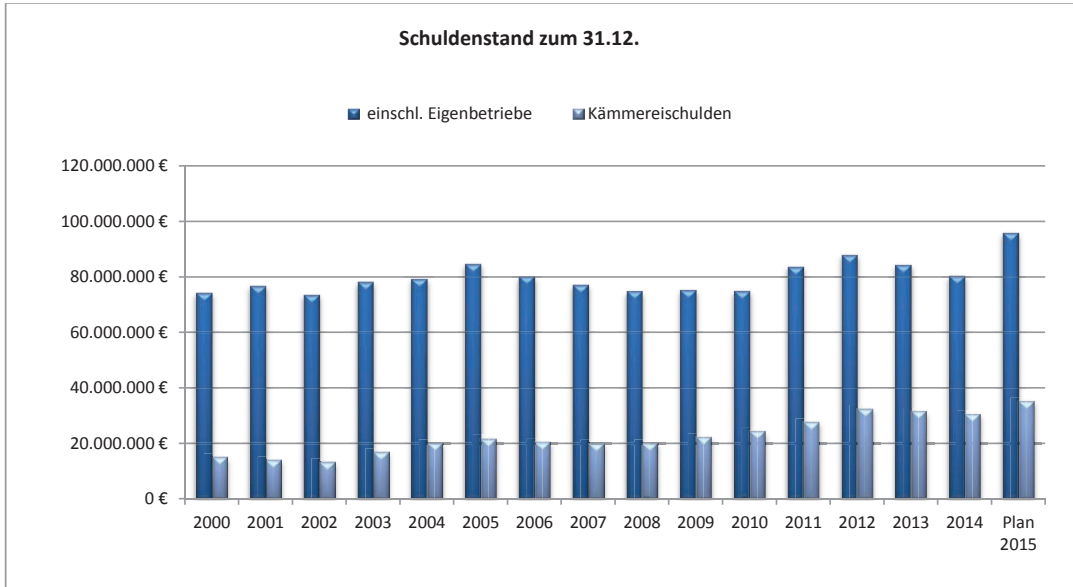


Abbildung 6 Schuldenstand

Die Gesamtsumme der Schulden hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 3,8 Mio. Euro vermindert. Bei den Eigenbetrieben hat der Schuldenstand um rund 2,8 Mio. Euro abgenommen. Die Kämmereischulden (städt. Haushalt) sind um rund eine Mio. Euro zurückgegangen. Die Pro-Kopf-Verschuldung hat wegen der geänderten Einwohnerzahlen gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen und liegt bei 940 Euro (Vorjahr 995 Euro). Im Vergleich hierzu der aktuelle Landesdurchschnitt des Jahres 2013 mit 1.070 Euro pro Einwohnerin und Einwohner. Im nachfolgenden Schaubild ist die Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung dargestellt:

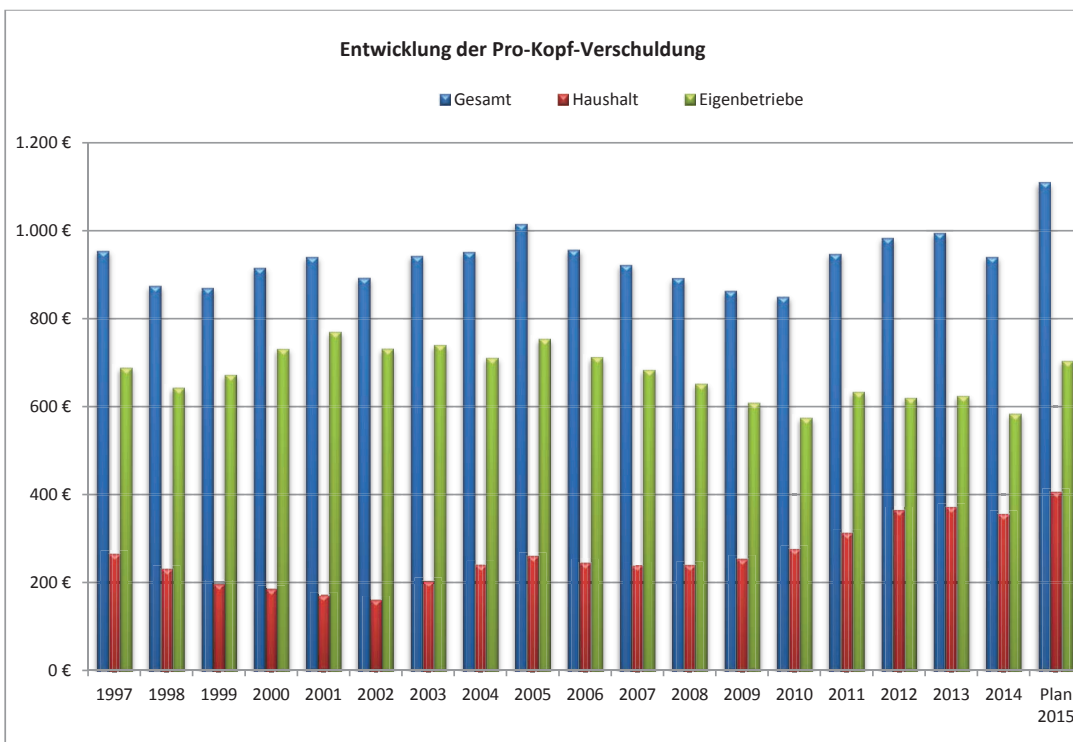


Abbildung 7 Pro-Kopf-Verschuldung

## Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung

### Allgemeine Haushaltsgrundsätze

Grundsatz der  
Sparsamkeit und  
Wirtschaftlichkeit

- Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in der Haushaltsführung  
Die Haushaltswirtschaft ist so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung der Aufgaben gesichert ist; die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen (§ 77 GemO).
- Rangfolge der Einnahmen  
Die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Einnahmen hat die Gemeinde gemäß § 78 Abs. 2 GemO
  1. aus sonstigen Einnahmen (Einkommensteueranteil, Mieten, Pachten)
  2. aus Entgelten für ihre Leistungen (Gebühren, Beiträge), soweit vertretbar und geboten,
  3. im Übrigen aus Steuern zu beschaffen.
 Kreditaufnahmen (für Ausgaben des Vermögenshaushaltes) sind nur zulässig, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.

Diese Reihenfolge ist verbindlich vorgeschrieben.

### Entwicklung und Struktur der Einnahmen

Die Entwicklung der genannten Einnahmen kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

	2009		2010		2011		2012		2013		2014	
	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro	%
Sonstige Einnahmen	119.345	69,1	119.429	69,4	127.024	66,3	139.634	66,6	149.968	66,7	145.519	67,2
Leistungs- entgelte ( Real)	8.605	5	10.153	5,9	10.496	5,5	11.516	5,5	11.211	5	11.736	5,4
Steuern	38.135	22	39.392	23	46.065	24	58.661	27,9	63.651	28,3	58.949	27,3
Kredite	6.700	3,9	3.000	1,7	7.965	4,2	0		0		230	0,1
<b>Gesamt- einnahmen</b>	<b>172.785</b>	<b>100</b>	<b>171.974</b>	<b>100</b>	<b>191.550</b>	<b>100</b>	<b>209.811</b>	<b>100</b>	<b>224.830</b>	<b>100</b>	<b>216.434</b>	<b>100</b>

Abbildung 8 Einnahmenstruktur

\* nicht enthalten sind die Zuführungen vom Vermögenshaushalt, innere Verrechnungen, kalkulatorische Einnahmen und Umschuldungskredite

Gewerbsteuer  
wieder rückläufig

Die Steuereinnahmen haben gegenüber dem Vorjahr um rund 4,7 Mio. Euro abgenommen und liegen auf dem Niveau des Jahres 2012. Hierbei ist das Ergebnis der Gewerbesteuer gegenüber dem Vorjahr um rund 4,9 Mio. Euro schlechter ausgefallen. Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen liegt bei 27,3 Prozent (Vorjahr 28,3 Prozent).

Die Leistungsentgelte haben sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um rund 0,5 Mio. Euro erhöht.

Alle Einnahmen außer Entgelte für Leistungen, Steuern und Kredite sind sonstige Einnahmen. Bei den sonstigen Einnahmen konnte das Rechnungsergebnis des Vorjahres nicht gehalten werden. Insgesamt wurden im Jahr 2014 rund -4,4 Mio. Euro weniger Einnahmen erzielt als noch im Jahr 2013.

Wesentliche Mindereinnahmen ergaben sich bei den Zuschüssen und Zuweisungen (-2,2 Mio. Euro), bei den Schlüsselzuweisungen (-0,7 Mio. Euro), bei der Konzessionsabgabe (-0,6 Mio. Euro und bei den weiteren Finanzeinnahmen (-0,7 Mio. Euro).

Neue Kredite zur Finanzierung des Haushalts wurden in Höhe von 0,2 Mio. Euro aufgenommen.

Nachfolgend die Struktur der Einnahmen in der Grafik:

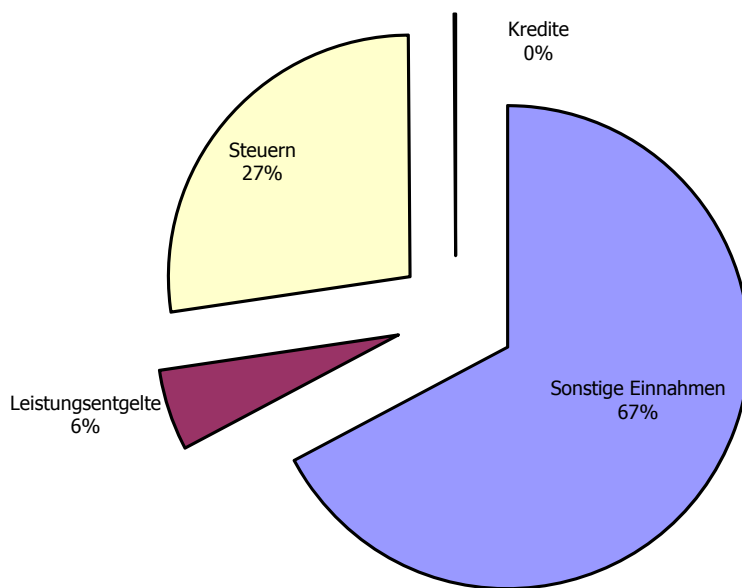


Abbildung 9 Einnahmenstruktur – Grafik

## Haushaltssatzung und Haushaltsplan

### Haushaltssatzung

Jahr	VerwaltungsHH.	VermögensHH.	Sonderrechnung	Gesamtvolumen
	Euro	Euro	Euro	Euro
2014	234.175.850	34.187.180	2.285.000	270.648.030
2013	229.960.190	40.942.570	3.142.010	274.044.770
Mehr ( + )	4.215.660			
Weniger ( - )		6.755.390	875.010	3.396.740

Abbildung 10 Haushaltssatzung

In der Haushaltssatzung wurden festgesetzt:

- Höchstbetrag der Kassenkredite 15.000.000 Euro
- Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen 1.000.000 Euro
- Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 12.023.000 Euro

### Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde

#### Haushaltssatzung

Genehmigung des  
Haushalts

Das Regierungspräsidium (RP) hat im Haushaltserlass vom 24. Februar 2014 die Gesetzmäßigkeit der am 2. Dezember 2013 vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltssatzung, sowie die beschlossenen Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Kommunale Servicebetriebe Tübingen (KST) und Tübinger Musikschule bestätigt.

Genehmigt wurden:

- der in § 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigungen) in Höhe von 1.000.000 Euro,
- der in § 1 Nr. 3 der Haushaltssatzung enthaltene Teilbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 375.000 Euro, für den in den Folgejahren Kreditaufnahmen vorgesehen sind (Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 12.023.000 Euro),
- der in Nr. 2 des Beschlusses über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Kommunale Servicebetriebe Tübingen (KST) festgesetzte Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von 5.871.450 Euro und der in Nr. 4 festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 6.460.000 Euro.

## Jahresrechnung und -ergebnis 2014

**Verwaltungshaushalt**

	2013	2014
Haushaltsplanansatz in Einnahmen und Ausgaben	229.960.190,00 Euro	<b>234.175.850,00 Euro</b>
Rechnungsergebnis in Einnahmen	245.460.169,96 Euro	<b>243.478.239,97 Euro</b>
in Ausgaben	245.460.169,96 Euro	<b>243.478.239,97 Euro</b>
Die Mehr/Mindereinnahmen von und die Mehr/Minderausgaben von	+15.499.979,96 Euro +15.499.979,96 Euro	<b>+ 9.302.389,97 Euro</b> <b>+ 9.302.389,97 Euro</b>
wurden auf der Einnahmeseite durch Mehreinnahmen von bzw. Mindereinnahmen von verursacht bzw.		<b>13.982.140,00 Euro</b> <b>4.679.750,00 Euro</b>
auf der Ausgabeseite durch Mehrausgaben von und Minderausgaben von		<b>81.714.373,00 Euro</b> <b>72.411.983,00 Euro</b>

Hinweis: Die hohen Summen haben überwiegend formale Ursachen (Planung auf Hauptkonten und Buchung auf Unterkonten z.B. Personalausgaben)

**Vermögenshaushalt**

Haushaltsplanansatz in Einnahmen und Ausgaben	40.942.570,00 Euro	<b>34.187.180,00 Euro</b>
Rechnungsergebnis in Einnahmen	55.146.687,91 Euro	<b>35.679.880,29 Euro</b>
in Ausgaben	55.146.687,91 Euro	<b>35.679.880,29 Euro</b>
Die Mehreinnahmen von kamen auf der Einnahmeseite durch Mehreinnahmen von und Mindereinnahmen von	+14.204.117,91 Euro	<b>+1.492.700,29 Euro</b> <b>9.039.990,00 Euro</b> <b>7.547.290,00 Euro</b>
und auf der Ausgabeseite durch Mehrausgaben von und Minderausgaben von zustande.		<b>5.621.688,00 Euro</b> <b>4.128.988 ,00 Euro</b>

### Ausführung des Haushaltsplanes

#### Deckungskreise bzw. Ämterbudgets

Im Rahmen der Budgetierung steht den Fachbereichen, Ämtern und Dienststellen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung jeweils ein Budget im Verwaltungs- und für Beschaffungen im Vermögenshaushalt zur Verfügung.

Die Rechnungsergebnisse weichen teilweise erheblich von den Planansätzen ab. Durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit der wichtigsten Ausgabegruppen und die Übertragbarkeit der Mittel im Verwaltungshaushalt (VWH) haben die einzelnen Über- und Unterschreitungen innerhalb des Deckungskreises jedoch keine haushaltsrechtliche Relevanz mehr.

Eingesparte  
Budgetmittel

#### Eingesparte Budgetmittel

Die Ämter und Dienststellen haben im Jahr 2014 Budgetmittel und Sammelnachweismittel in Höhe von insgesamt 5.236.074,71 Euro eingespart. Von dieser Summe wurden Haushaltsausgabereste in Höhe von 5.015.647,30 Euro in das Haushaltsjahr 2015 übertragen. Hiervon entfallen auf den Sammelnachweis 2 (Gebäudeunterhaltung) 1.445.547,13 Euro.

#### Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Die Ausgabeansätze im Haushaltsplan sind grundsätzlich verbindlich und dürfen nicht überschritten werden. Soweit die Mittel nicht nach den Budgetierungsregeln umgeschichtet werden können bzw. die Ausgabepositionen keinem Deckungskreis angehören, müssen überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben nach der Gemeindeordnung und der Zuständigkeitsordnung nach wie vor genehmigt werden. Überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben sind gem. § 84 Abs. 1 GemO nur zulässig, wenn:

- ein dringendes Bedürfnis besteht und die Deckung gewährleistet ist oder
- die Ausgabe unabweisbar ist und kein erheblicher Fehlbetrag entsteht.

Bewirtschaftung  
formal in Ordnung

Mit der Änderung der Hauptsatzung wurden auch die Wertgrenzen für die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben mit Beschluss des Gemeinderats vom 30. September 2013 neu festgesetzt. Zuständig sind nach der Hauptsatzung und Zuständigkeitsordnung bis 2.500 Euro die Stadtkämmerei, bis 20.000 Euro der Oberbürgermeister (unbegrenzt nur im Rahmen der Deckungsreserve), bis 100.000 Euro die beschließenden Ausschüsse und darüber der Gemeinderat.

Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass die Zuständigkeitsregelungen eingehalten wurden. Bei einigen Fällen sowohl im Verwaltungshaushalt, als auch im Vermögenshaushalt wurden Mittel über- bzw. außerplanmäßig umgeschichtet, deren Genehmigung noch im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses 2014 durch den Gemeinderat nachzuholen ist; sachlich waren die Ausgaben nicht zu beanstanden.

Im Verwaltungshaushalt wurden in 40 Fällen (Vorjahr 38) Mittel in Höhe von insgesamt 9.416.683,73 Euro (Vorjahr 15.038.586,66 Euro) über- und außerplanmäßig umgeschichtet. Im Vermögenshaushalt beläuft sich die Anzahl der Fälle auf 52 (Vorjahr 36) bei einer Summe von 4.331.335,13 (Vorjahr 11.012.259,64 Euro).

## Haushaltseinnahme- und Ausgabereste

### Haushaltseinnahmereste

Haushaltseinnahmereste (HER) sind ein Instrument der Rechnungsabgrenzung. Mit ihnen können Einnahmen in dem Jahr dargestellt und gebucht werden, in dem sie anfallen. Voraussetzung nach § 41 Abs. 2 GemHVO ist, dass der Eingang der Einnahmen im folgenden Jahr gesichert ist. Sie dürfen nur für ausstehende Beiträge, Zuschüsse und Krediteinnahmen gebildet werden.

Sichere Einnahmen

Ende 2014 wurden im Vermögenshaushalt 6.795.963,38 Euro (Vorjahr 6.334.086,92 Euro) HER für nicht eingegangene Einnahmen gebildet. Sie teilen sich wie folgt auf:

Unterabschnitt			Euro
1300	Feuerlöschwesen	Zuweisungen des Landes	139.965,38
2110	Grundschule Innenstadt	Zuweisungen des Landes	326.000,00
2310	Umland-Gymnasium	Zuweisungen des Landes	3.096.000,00
2821	Gemeinschaftsschule Französische Schule	Zuweisungen des Landes	800.000,00
3400	Sonstige Kunstpflege (Sudhaus)	Zuweisungen des Landes	1.034.698,00
4642	Kindergärten und Kinderhäuser	Zuweisungen des Bundes	120.000,00
6300	Gemeindestraßen	Zuschuss des Landes	177.900,00
6300	Gemeindestraßen	GVFG - Zuweisungen	763.000,00
6800	Parkierungseinrichtungen	Zuschuss vom Land Stadtinformationssystem	205.000,00
6800	Parkierungseinrichtungen	Anteil SW Stadtinformationssystem	100.000,00
6900	Wasserläufe, Wasserbau	Zuweisungen des Landes	33.400,00
	<b>Summe</b>		<b>6.795.963,38</b>

Abbildung 11 Haushaltseinnahmereste

### Haushaltsausgabereste

Haushaltsausgabereste (HAR) sind nicht benötigte Mittel des laufenden Jahres, die nicht aus der Stadtkasse abfließen, aber in der Jahresrechnung als Ausgaben gebucht werden und das Ergebnis des laufenden Jahres belasten. Ursprünglich dienen sie als Instrument der Rechnungsabgrenzung und periodengerechten Ausgabenzuordnung. Soweit die Übertragung im Verwaltungshaushalt geschieht, ohne dass der Grund für die Ausgaben im laufenden Jahr liegt, handelt es sich nicht um Rechnungsabgrenzungen. Insoweit verfälscht die Übertragung das Rechnungsergebnis.

Anstehende  
Ausgaben

Die Summen der HAR können der folgenden Tabelle entnommen werden:

	2011	2012	2013	2014
	in Euro	in Euro	In Euro	In Euro
Verwaltungs-HH.	3.137.406	2.089.621	4.375.040	5.015.647
Vermögens-HH.	16.089.416	24.652.415	32.313.253	37.794.855
Sonderrechnung	3.200.012	5.171.484	6.336.872	3.976.289
<b>Summe</b>	<b>22.426.835</b>	<b>31.913.520</b>	<b>43.025.165</b>	<b>46.786.792</b>

Abbildung 12 Haushaltsausgabereste

Die Entwicklung der Haushaltsausgabereste in den Jahren 2003 bis 2014 ist nachfolgend dargestellt:

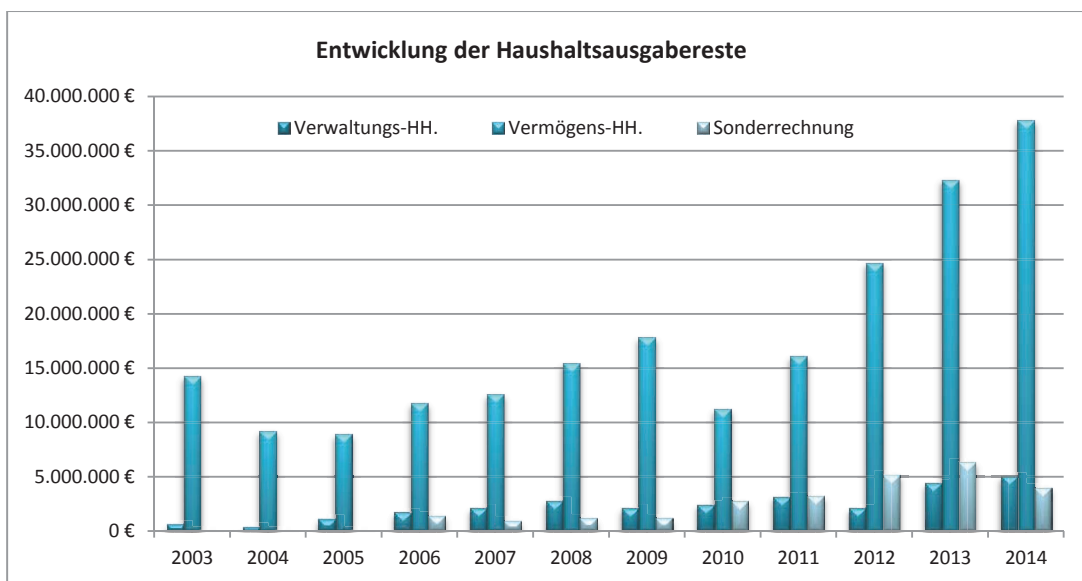


Abbildung 13 Entwicklung der Haushaltsausgabereste

Die Haushaltsausgabereste haben in der Summe einen nie gekannten Wert erreicht.

#### Verwaltungshaushalt

Entsprechend den Regelungen im Haushaltsplan 2014 können die Restmittel aus den Amtsbudgets innerhalb des Verwaltungshaushalts bis zum Gesamtbetrag von 1.000.000 Euro für übertragbar erklärt werden, sofern der Haushaltsausgleich nicht gefährdet ist. Darüber hinaus können die am Jahresende gebundenen Mittel des Verwaltungshaushalts ebenfalls übertragen werden.

Budgetreste  
wurden übertragen

Im Verwaltungshaushalt sind 5.015.647 Euro übertragen worden. Das ist ein bisher nicht dagewesener hoher Wert.

Dem Gemeinderat wurden mit Vorlage 16/2015 die zur Übertragung nach 2015 vorgesehenen Haushaltsausgabereste des Sammelnachweises SN 2 (1.665.974,54 Euro) und die Budgetreste des Verwaltungshaushalts (3.570.100,17 Euro) zur Kenntnis gegeben.

Um das Wachstum der Haushaltsausgabereste zu stoppen, ist es erforderlich, die Gebundenheit der Haushaltsreste stärker als bisher einer Prüfung zu unterziehen. Gegebenenfalls sollte die Höhe der Reste gedeckelt oder überhaupt nur gebundene Reste übertragen werden.

Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden die Haushaltsausgabereste des Sammelnachweis SN 2 unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Vorgaben (Abgrenzung Verwaltungshaushalt/Vermögenshaushalt) auf 1.445.547,13 Euro angepasst.



### Vermögenshaushalt

Die Entwicklung der Haushaltsausgabereste im Vermögenshaushalt in Bezug auf die jeweiligen Planansätze und Rechnungsergebnisse sind nachfolgend dargestellt:

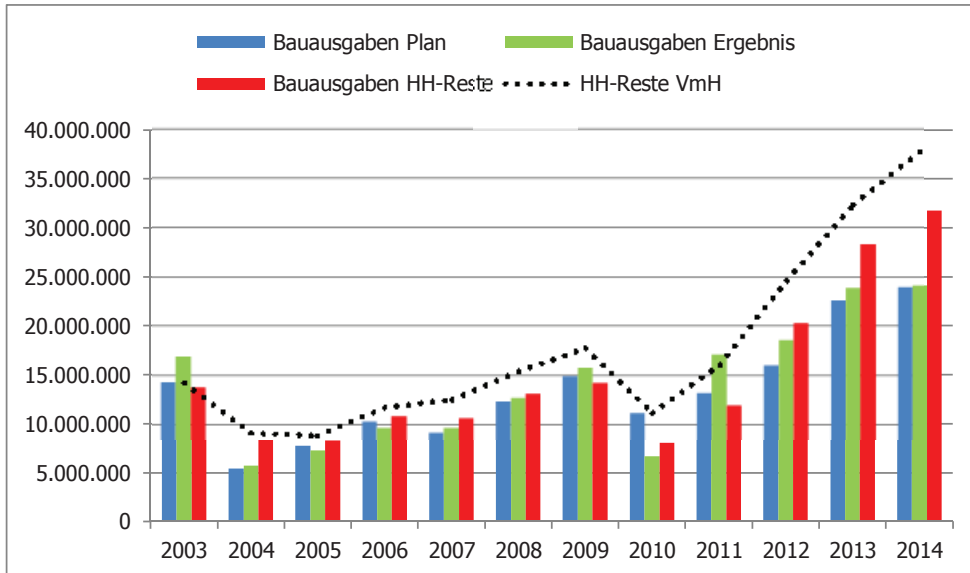


Abbildung 14 Entwicklung der Haushaltsausgabereste im Bereich der Bauausgaben

Mit Vorlage 16/2015 wurde die Übertragung der nicht gebundenen Haushaltsreste des Vermögenshaushalts 2014 in Höhe von 5.106.123,27 Euro ins neue Haushaltsjahr 2015 vom Gemeinderat beschlossen. Zusammen mit den gebundenen Haushaltsausgaberesten, deren Übertragung in die Zuständigkeit der Verwaltung fallen, wurde insgesamt eine Summe in Höhe von 37.714.855,28 Euro (davon für reine Baumaßnahmen 31.735.884 Euro) ins Haushaltsjahr 2015 übertragen. Damit sind die Haushaltsausgabereste des Vermögenshaushalts seit 2011 mehr als verdoppelt worden. Würde man die gesamte Tübinger Bauverwaltung ein ganzes Jahr mit der Abarbeitung der Haushaltsreste für Baumaßnahmen beauftragen, wäre sie vollauf damit beschäftigt und würde am Ende des Jahres nicht fertig sein. Die hohen Haushaltsreste führen mit zu der augenblicklich sehr hohen Liquidität. Das Geld wird zu geringen Zinssätzen angelegt. Das sollte auch – aber nicht nur – wegen der niedrigen Zinssätze vermieden werden. Eine genauere Haushaltsplanung kann hier Abhilfe schaffen.

### Sonderrechnung

Im Sonderhaushalt „Sanierungsgebiet Östlicher Altstadtrand“ und „Sanierungsgebiet Lustnau - Süd“ sowie „Sanierungsgebiet Südliches Stadtzentrum“ wurden die zum Ende des Haushaltsjahres 2014 nicht verbrauchten Mittel in Höhe von 3.976.289,40 Euro, sowie Haushaltseinnahmereste in Höhe von 1.819.051 Euro übertragen.

### Kostenrechnende Einrichtungen (KRE)

Gem. § 12 Abs. 1 GemHVO sind für kostenrechnende Einrichtungen, die in der Regel ganz oder zum Teil aus Entgelten finanziert werden, im Verwaltungshaushalt mit angemessener Abschreibung und Verzinsung des Anlagekapitals zu veranschlagen.

Die Ergebnisse der Haushaltsrechnung 2013 und die Entwicklung der Kostendeckung im Zeitraum 2004 bis 2014 bei den kostenrechnenden Einrichtungen sind in der **Anlage 3** dargestellt.

Dabei wurden die nachfolgenden kostenrechnenden Einrichtungen nicht mehr in die Tabelle aufgenommen, da entweder keine betriebswirtschaftliche Aussagekraft abgeleitet werden kann oder sie zwischenzeitlich aus dem Haushalt ausgegliedert wurden:

Kunsthalle, Parkeinrichtungen, Parkhäuser, Bedürfnisanstalten, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung.

### Sonderrechnung

Im Sachbuch 7 werden das Sanierungsgebiet „Östlicher Altstadtrand“ (UA 6157) und das Sanierungsgebiet „Lustnau Süd“ (UA 6158), sowie das Sanierungsgebiet „Südliches Stadtzentrum“ (UA 6159) abgebildet.

Die Sonderrechnung für das Sanierungsgebiet „Östlicher Altstadtrand“ schließt im Rechnungsergebnis 2014 mit Mehrausgaben in Höhe von 594.557,32 Euro ab. Der Fehlbetrag wurde vom Vermögenshaushalt vorfinanziert. Im Haushaltsplan waren hierfür auf der HHSt. 2.6150.9550.000-1020 entsprechende Mittel eingestellt.

Seit dem Jahr 2009 wird das Sanierungsgebiet „Lustnau Süd“ in der Sonderrechnung geführt. Für die Vorfinanzierung wurde im Jahr 2014 über den Vermögenshaushalt bei der HHSt. 2.6150.9550.000-1040 Mittel in Höhe von 1.495 Euro bereitgestellt.

Die Sonderrechnung für das Sanierungsgebiet „Südliches Stadtzentrum“ schließt im Rechnungsergebnis 2014 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 825.980 Euro ab. Die Mehrausgaben wurden vom Vermögenshaushalt bei der Haushaltsstelle 2.6150.9550.000-1034 vorfinanziert.

### Kasse und Rechnungslegung

#### Kassenbestand und Liquidität

Der Kassenbestand einschließlich der Eigenbetriebe betrug zum Jahresabschluss 5.975.677,95 Euro (Vorjahr: 13.514.655,14 2012: -7.244.455,76 Euro). Dieser Kassenbestand wurde buchmäßig zum 31.12.2014 errechnet und sagt nichts über die Liquidität der Stadtkasse aus. Die Liquidität der Stadtkasse war stets gegeben. Zeitweise konnten Beträge vorübergehend zinsbringend angelegt werden; dafür konnten Zinsen in Höhe von rund 269.500 Euro (Vorjahr 750.000 Euro) bei der HHSt. 1.9100.2051.000 eingenommen werden (Planansatz: 300.000 Euro).

#### Kassenkredite

Keine Kassenkredite notwendig

In der Haushaltssatzung für das Jahr 2014 wurde der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 15 Mio. Euro festgesetzt. Im Jahr 2014 wurden wie bereits in den Vorjahren keine Kassenkredite aufgenommen.

#### Kasseneinnahmereste (KER)

Einnahmen kommen noch

Kasseneinnahmereste (KER) sind in der Sollspalte gebuchte, aber am Jahresende noch nicht eingegangene Einnahmen; oder mit anderen Worten Zahlungsrückstände. Die Rückstände des Verwaltungshaushalts sind nach Einnahmearten geordnet in der **Anlage 4** dargestellt.

Die Gesamtsituation der KER ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

<b>Kasseneinnahmereste</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro
Verwaltungshaushalt	5.193.722,23	4.611.737,57	4.893.387,46	5.027.464,27
Vermögenshaushalt	1.672.483,40	1.321.692,16	1.855.428,38	1.393.894,73
Sachbuch für				
haushaltsfremde Vorgänge	2.006.389,35	2.307.340,68	2.116.423,17	3.117.705,32
<b>Gesamt</b>	<b>8.872.594,98</b>	<b>8.240.770,41</b>	<b>8.865.239,01</b>	<b>9.539.064,32</b>

Abbildung 15 Kasseneinnahmereste

### Verwaltungshaushalt

Bei den Kasseneinnahmeresten des Verwaltungshaushaltes ist die relative Höhe gemessen an den Gesamteinnahmen eines Haushaltsjahres und ihrer Entwicklung über mehrere Jahre hinweg zu prüfen. Daneben sind Einzelentwicklungen zu beobachten. Die KER werden vom Fachbereich Revision laufend überwacht. Die prozentuale Höhe der KER an den Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes hat sich in den vergangenen zehn Jahren wie folgt entwickelt:

<b>Jahr</b>	<b>KER</b>	<b>%</b>
	in Euro	
2003	8.188.754,63	6,02
2004	5.697.629,09	4,06
2005	5.570.936,33	3,45
2006	4.820.722,23	3,06
2007	9.212.337,12	5,36
2008	14.298.938,74	8,25
2009	6.364.349,98	3,76
2010	4.703.714,01	2,5
2011	5.193.722,23	2,64
2012	4.611.737,57	2,01
2013	4.893.387,46	1,99
<b>2014</b>	<b>5.027.464,27</b>	<b>2,05</b>

Abbildung 16 Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt

Die KER im Verwaltungshaushalt haben gegenüber dem Vorjahresergebnis um rund 0,5 Mio. Euro leicht zugenommen und liegen im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen bei 2,05 Prozent.

Unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber Bund und Land, den Eigenbetrieben und der Konzessionsabgabe von den Stadtwerken ergeben sich effektive KER, welche im Mahn- und Vollstreckungsverfahren der Stadtkasse verfolgt werden, in Höhe von rund 4,8 Mio. Euro (Vorjahr 3,3 Mio. Euro). Gemessen am Haushaltsvolumen liegen die effektiven KER bei 1,94 Prozent (Vorjahr 1,37 Prozent) und damit knapp unter der Unbedenklichkeitsgrenze mit zwei Prozent.

### Vermögenshaushalt

Die Haushaltsrechnung 2014 weist im Vermögenshaushalt KER in Höhe von rund 1,39 Mio. Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr (1,85 Mio. Euro) haben die ausstehenden Forderungen somit um 0,46 Mio. Euro abgenommen. Gemessen am Haushaltsvolumen belaufen sich die KER auf 3,91 Prozent (Vorjahr 3,36 Prozent).

### Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge (ShV)

Die Kasseneinnahmereste im ShV belaufen sich zum 31. Dezember 2014 auf insgesamt 3.117.705,32 Euro (Vorjahr 2.116.423,17 Euro). Dieser Betrag beinhaltet nur den städtischen Haushalt (ohne Eigenbetriebe).

### Kassenausgabereste (KAR)

Ausgaben die  
noch fließen

In der Haushaltsrechnung 2014 sind zum Ende des Jahres im Verwaltungshaushalt KAR in Höhe von 3.178.889,01 Euro (Vorjahr 4.595.528,52 Euro) ausgewiesen. Im Vermögenshaushalt belaufen sich die KAR auf 156.274,83 Euro (Vorjahr 599.770,99 Euro). Bei den KAR handelt es sich um Auszahlungsanordnungen des Jahres 2013, die kassenmäßig zum Ende des Haushaltsjahres 2013 noch nicht vollzogen waren.

Die wesentlichen KAR des Verwaltungshaushalts sind nachfolgend dargestellt:

UA	Bezeichnung	Kostenart	Kassenrest Vorjahr	neuer Kassenrest
			Euro	Euro
5600	Sportplätze	Ersätze an den Eigenbetrieb KST	286.445,77	109.296,40
5800	Park- und Gartenanlagen	Ersätze an den Eigenbetrieb KST	243.598,72	212.816,54
6300	Gemeindestraßen	Ersätze an den Eigenbetrieb KST	1.509.092,76	878.202,63
6750	Straßenreinigung	Ersätze an den Eigenbetrieb KST	1.196.462,42	688.807,62
6800	Parkieranlagen	Ersätze an den Eigenbetrieb KST	101.257,69	73.930,54
6900	Wasserläufe, Wasserbau	Ersätze an den Eigenbetrieb KST	283.958,85	203.254,38
9100	Allgemeine Finanzwirtschaft	Zinsen für Kredite vom Kreditmarkt	397.069,27	118.717,17
		<b>Summe</b>	<b>3.731.439,71</b>	<b>2.285.025,28</b>

Abbildung 17 Kassenausgabereste Verwaltungshaushalt

### Laufende Prüfung der Kassenvorgänge (§ 112 Abs. 1 Nr. 1 GemO)

Die laufende Prüfung der Kassenvorgänge ist in der Form der „begleitenden Prüfung“ (Prüfung zusammenhängender Abschnitte nach dem Kassenvollzug) als Vorbereitung auf die Prüfung der Jahresrechnung durchgeführt worden.

### Kassenüberwachung

#### Stadtkasse

Die Kasse stimmt

Nach § 1 Abs. 1 der Gemeindeprüfungsordnung ist bei der Stadtkasse jährlich mindestens eine unvermutete Kassenprüfung vorzunehmen. Der Fachbereich Revision hat am 20. November 2014 bei der Stadtkasse eine unvermutete Kassenprüfung durchgeführt. Geprüft wurde insbesondere ob der im Tagesabschluss ausgewiesene Kassensollbestand mit dem Kassenistbestand übereinstimmt und ob sich die Schwebeposten zeitnah erledigt haben. Wesentliche Beanstandungen ergaben sich keine.

#### Zahlstellen, Handvorschüsse

Alle Zahlstellen und Handvorschüsse sind in unterschiedlichen Zeitabständen zu prüfen. Dazu gehören vor allem die Verwaltungsstellen und die Gebührenkassen innerhalb der Verwaltung. Im Jahr 2014 wurden

personell bedingt keine Zahlstellen unvermutet geprüft. Stattdessen wurden bei verschiedenen Zahlstellen (z.B. Geschäfts- und Verwaltungsstellen) im Rahmen der Prüfung der laufenden Kassenvorgänge die Abrechnungen der Gebühreneinnahmen zum Ende des Jahres 2013 mit der Stadtkasse geprüft.

Handvorschüsse von mehr als 500 Euro sind in angemessenen Zeitabständen unvermutet zu prüfen. Die meisten der insgesamt rund 100 bestehenden Handvorschüsse liegen allerdings zwischen 100 und 250 Euro. Entsprechend der Dienstanweisung für die Handvorschüsse unterliegt die Prüfung in der Zuständigkeit der jeweiligen Fachbereichs- bzw. Amtsleitung.

#### **Prüfung der Abrechnungen über die Ablieferung der Gelder aus den Parkscheinautomaten**

Bei der Leerung von Parkscheinautomaten handelt es sich kassenrechtlich um keine Zahlstelle im Sinne von § 3 GemKVO, sondern um eine Sonderregelung, da die räumliche und personelle Kassenbindung fehlt. In diesen Fällen ist durch Dienstanweisung zu regeln, wer sie zu entleeren hat, wie oft dieses geschehen soll, wer bei Störungen den Automaten öffnen darf und wer die Schlüssel zu verwalten hat. Hierbei gilt insbesondere bei der Öffnung der Automaten das „Vier-Augen-Prinzip“.

Entsprechend Nr. 7 der Dienstanweisung über die Leerung, Auslesung und Wartung von Parkscheinautomaten wird die Ablieferung der Parkgelder laufend von der Stadtkasse überprüft. Der Fachbereich Revision hat im Rahmen der unvermuteten Kassenprüfung die Ablieferung der vereinnahmten Parkgelder geprüft.

Als Ergebnis war festzustellen, dass die Ergebniskontrolle durch die Stadtkasse regelmäßig pro Ablieferungsbetrag erfolgt und nachweislich dokumentiert wird.

### **Vorräte und Vermögensbestände, Bestandsverzeichnisse**

Gemäß § 3 Abs. 1 GemPrO ist zu prüfen, ob die Bestandsverzeichnisse ordnungsgemäß geführt sind. In angemessenen Zeitabständen ist zu überprüfen, ob die verzeichneten beweglichen Sachen vorhanden sind. Inventarisierungspflichtig gem. der Inventarordnung sind bewegliche Sachen mit einem Anschaffungswert von mehr als 410 Euro (Bücher 60 Euro) ohne MWSt.

Im Jahr 2010 wurde mit Verfügung des Oberbürgermeisters erstmalig für die Schulen, Kindertageseinrichtungen und Jugendhäuser eine Listenerfassung für Gegenstände ab 150 Euro angeordnet.

Die im Verwahrgeass der Stadtkasse aufbewahrten Wertgegenstände wurden am 20. November 2014 geprüft. Beanstandungen ergaben sich hierbei keine.

### **Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts**

Der Landtag von Baden-Württemberg hat am 11. April 2013 das Gesetz zur Änderung der Reform des Gemeindehaushaltsrechts beschlossen. Mit der Reform des Gemeindehaushaltsrechts wird das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen von der bislang zahlungsorientierten Darstellung in der Rechnungsform der Verwaltungsbuchführung (Kameralistik) auf eine ressourcenorientierte Darstellung in Form der doppelten Buchführung (kommunale Doppik) umgestellt. Für die Umstellung auf das neue Haushaltsrecht wurde die bisher eingeräumte Übergangsfrist bis 2016 um weitere vier Jahre verlängert. Dies bedeutet, dass die Stadt bis spätestens zum Haushaltsjahr 2020 ihren Haushalt auf das neue Recht umstellen muss.

## Erfassung und Bewertung des städtischen Vermögens

Alles wird erfasst  
und bewertet

Im Hinblick auf die Reform des Gemeindehaushaltsrechts und der damit verbundenen Umstellung des städtischen Rechnungswesens auf doppische Buchführung wurde bereits Ende des Jahres 2005 die Projektgruppe „Vermögensbewertung“ unter Mitwirkung des Fachbereich Revision gebildet. Aufgabe der Projektgruppe ist es, das bewegliche und unbewegliche Vermögen der Universitätsstadt Tübingen im Hinblick auf die Eröffnungsbilanz zu erfassen und zu bewerten.

Bedingt durch die personellen Veränderungen beim Fachbereich Finanzen und dem Ausscheiden des Projektleiters im Jahr 2008 hat der Fachbereich Revision zusammen mit der Stadtkämmerei die fachliche Leitung des Projekts übernommen. Damit wurde sichergestellt, dass die bislang erfolgreiche Projektarbeit fortgesetzt werden kann. Ferner ist aus der Sicht der Prüfung gewährleistet, dass die Bewertung der Vermögensgegenstände entsprechend den landeseinheitlichen Bewertungsrichtlinien erfolgt und somit eine vorweggenommene Prüfung der Eröffnungsbilanz darstellt.

Bewertung des  
Vermögens nahezu  
abgeschlossen

Im Jahr 2014 wurden die restlichen Altbestände an Brücken und Treppenanlagen bewertet und in die Anlagenbuchhaltung aufgenommen. Außerdem wurden weitere fertig gestellte Vorhaben sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau bewertet und aktiviert. Die noch laufenden Baumaßnahmen wurden als Anlagen im Bau in die Anlagenbuchhaltung übernommen. Das Projekt „Vermögensbewertung“ steht damit nach rund zehn Jahren erfolgreicher Projektarbeit kurz vor dem Abschluss. Der Abschluss des Projektes ist zum Ende des Jahres 2015 vorgesehen.

Überprüfung des  
bisherigen Bewertungsstands

Im Rahmen eines Workshops im Jahr 2010 wurde der Bewertungsstand bei der Universitätsstadt Tübingen bis zum Jahr 2010 in Bezug auf die Richtigkeit entsprechend den Bilanzierungsrichtlinien von einem externen Fachmann, welcher als fachlicher Berater für die Landesregierung tätig ist, analysiert und überprüft. Ein weiterer Workshop in Bezug auf die in den Jahren 2010 bis 2014 vorgenommene Vermögensbewertung wurde im Jahr 2014 ebenfalls durch denselben fachlichen Dozenten durchgeführt und überprüft. Im Ergebnis wurde die Projektgruppe mit ihrer bisherigen Tätigkeit in allen Bereichen bestätigt. Damit steht das bislang erfasste und bewertete Anlagevermögen mit den rechtlichen Vorgaben in Einklang. Der Bestand in der Anlagenbuchhaltung weist zum 31. Dezember 2014 einen Buchwert von rund 406,7 Mio. Euro (Vorjahr rund 333 Mio. Euro) aus.

Die Entwicklung der jeweiligen Vermögensgegenstände ist nachfolgend dargestellt:

<b>Anlagevermögen</b>	<b>Anschaffungswert</b>	<b>Buchwert 2011</b>	<b>Buchwert 2012</b>	<b>Buchwert 2013</b>	<b>Buchwert 2014</b>
	<b>in Euro</b>	<b>in Euro</b>	<b>in Euro</b>	<b>in Euro</b>	<b>in Euro</b>
Grundstücke	128.252.484	127.587.403	127.470.650	128.625.605	128.244.552
Gebäude und andere Bauten	294.084.687	119.861.871	127.992.802	123.663.088	123.800.972
Straßen, Wege, Plätze	373.739.203	1.388.746	53.969.090	50.822.159	62.986.690
Grünflächen	11.386.603	11.124.973	11.145.944	11.429.265	11.386.603
Techn. Anlagen	6.919.657	2.619.480	4.423.527	4.380.599	4.661.667
Maschinen und Geräte	1.953.824	229.424	296.467	510.105	1.207.009
Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.347.095	5.248.966	5.961.492	6.336.678	6.113.921
Fahrzeuge	7.028.446	1.828.005	2.043.570	2.327.380	2.960.106
Kunstwerke, Bilder, Baudenkmäler	3.831.687	3.583.338	3.605.736	3.625.682	3.655.183
Anderes sonstiges Sachanlagevermögen	116.139	59.949	24.666	992.483	50.696
Anlagen im Bau	23.369.932	0	0	0	23.369.932
Beteiligungen	37.891.714	0	0	0	37.891.714
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.509.298	294.488	272.100	283.609	362.829
<b>Summen</b>	<b>906.430.768</b>	<b>273.826.644</b>	<b>337.206.044</b>	<b>332.996.653</b>	<b>406.691.873</b>
Zuschüsse und Spenden	-275.474.766	-40.645.292	-63.684.848	-64.033.461	-63.243.529
	<b>630.956.002</b>	<b>233.181.352</b>	<b>273.521.195</b>	<b>268.963.193</b>	<b>343.448.343</b>

Abbildung 18 Anlagevermögen

## Buchführung

Die Rechnungen und Belege wurden über das ganze Jahr hinweg stichprobenweise d.h. nach Prüfungsthema, nicht zufallsbestimmt geprüft. Wesentliche Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Das Belegwesen ist in Ordnung. Die Buchungen sind ordnungsgemäß belegt. Soweit Belege unvollständig waren, hat der Fachbereich Revision die Ergänzung veranlasst. In einigen Fällen war zu beanstanden, dass begründende Unterlagen gefehlt haben. Begründende Unterlagen sind vor allem Rechnungen, aber auch Unterlagen, aus denen sich die Begründung für die Einnahme, Ausgabe oder Umbuchung innerhalb des Haushalts ergibt. Die Unterlagen wurden nachgefordert und vorgelegt.

Die Buchführung  
stimmt

## Prüfungspunkte der Vorjahre

Noch offen

Von den Vorjahren stehen noch zur Erledigung an:

### **Festsetzung der Steuerungsumlage bei der Gebührenkalkulation**

Die Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen. Die vom Fachbereich Revision angeregte Neuberechnung der Steuerungsumlage im Hinblick auf die künftigen Gebührenkalkulationen wurde bislang nicht umgesetzt.

### **Budgetierung und Mittelbindung**

Die im Vorjahr zugesagte Überarbeitung der „Spielregeln“ für die Budgetierung wurde bisher nicht vorgenommen. Von der Verwaltung wurde zugesagt, diese Überarbeitung vorzunehmen und bis Sommer 2014 abzuschließen. Die Überarbeitung steht bislang noch aus und soll spätestens mit der Einführung der Doppik erledigt werden.

### **Eingruppierung der Leitungen in den Kindertageseinrichtungen**

Neuregelung (Aktenvermerk der FAB 13 vom 7. Mai 2014 / Schreiben von Fachbereich 14 vom 27. Mai 2014)  
Sachverhalt (vgl. Seite 38)

## Schwerpunktprüfungen 2014

### Verwaltung – allgemein

#### **Anlage und Änderungen von Kreditorenstammdaten in der Finanzbuchhaltung**

Die Auszahlung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in der Finanzbuchhaltung erfolgt über Kreditorenkonten auf der Grundlage der in der Kreditorenstammdaten hinterlegten Angaben in Bezug auf Name, Adresse und Bankverbindung des Lieferanten.

Im Rahmen der Kassensicherheit und dem Grundsatz der Trennung von Buchen und Zahlen (Vier-Augen-Prinzip) folgend, ist für das Anlegen und die Pflege von Kreditorenstammsätzen ausschließlich die Stadtkasse zuständig. Die rechtlichen Vorgaben im Hinblick auf den Zahlungsverkehr sind in der Gemeindekassenverordnung (GemKVO) geregelt. Für die Handhabung, Kontrollen, Anwendungsprüfung und Einsatzbedingungen des ADV-Verfahrens SAP wurden von der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg mit Sonderheft 1/2004 entsprechende Hinweise gegeben.

Der Fachbereich Revision hat im Rahmen der Anwendungsprüfung geprüft, ob bei der Stadt und ihrer Eigenbetriebe (KST und Musikschule) die Grundsätze beachtet werden.

Im Ergebnis war festzustellen, dass im Bereich der Eigenbetriebe der Grundsatz der Trennung von Buchen und Zahlen und somit das Vier-Augen-Prinzip nicht eingehalten wird und im Rahmen der Korruptionsvorbeugung und zum Schutz der Mitarbeiter/-innen hat der Fachbereich Revision darauf hingewiesen, dass die Anlage und Pflege der Stammdaten in der Kreditorenbuchhaltung ebenfalls ausschließlich von der Stadtkasse zu erfolgen hat.

Die Verwaltung hat entsprechend reagiert und die jeweiligen Berechtigungen dahingehend angepasst.

#### **Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung dauerdefizitärer Einrichtungen (Paul-Horn Arena und Sporthalle WHO)**

Die Paul-Horn Arena und die Sporthalle WHO wurden an die Tübinger Sporthallenbetriebs GmbH verpachtet. Entsprechend § 4 Abs. 4 Körperschaftsteuergesetz gilt die Verpachtung eines Betriebes gewerblicher Art selbst als Betrieb gewerblicher Art (BgA). Mit Verfügung der OFD Hannover vom 23. September 2009 wurde entschieden, dass die Verpachtung eines dauerdefizitären Betriebes gewerblicher Art keinen BgA darstellt, sofern der Zuschuss das Entgelt für die Verpachtung übersteigt. Diese Bestimmung gilt auch bei der Überlassung wesentlicher Betriebsgrundlagen an eine Eigengesellschaft. Die OFD Rheinland und Münster teilten bislang ebenfalls die Auffassung (Verfügung vom 27. April 2011).

Im Rahmen einer Außenprüfung des Finanzamts im Jahr 2012 wurde bei der Verpachtung der Turnhalle WHO an die Sporthallenbetriebs GmbH festgestellt, dass kein BgA vorliegt, da bei der Verpachtung für den Schulsport die regelmäßig bezahlten Zuschüsse die Pachteinnahmen übersteigen und somit keine entgeltliche Verpachtung vorliegt. Demzufolge wurden die zu Unrecht gezogenen Vorsteuerbeträge in Bezug auf die Kosten der Generalsanierung zurückgefordert. Nur für den in der Halle stattfindenden Vereinssport wurde ein anteiliger Vorsteuerabzug gewährt.

Entsprechend dem Gesellschaftervertrag ist die Stadt zum Verlustausgleich des jeweiligen Geschäftsjahrs verpflichtet. Im Haushalt der Stadt wird der Verlustausgleich als Zuschuss an die TSBG -mbH ausgewiesen. Der jährliche Verlustausgleich im Rahmen eines Zuschusses wurde bislang vom Finanzamt nicht beanstandet.



Nach der Rechtsprechung des BFH vom 18. Juni 2009 stellt eine Verlustübernahme entweder ein zusätzliches Entgelt von dritter Seite für die gegenüber den Nutzern erbrachten Leistungen oder ein Entgelt für eine gegenüber der Stadt ausgeführte Betriebsführungsleistung dar. In beiden Fällen sind derartige Umsätze steuerpflichtig. Im Ergebnis würde das bedeuten, dass die Verlustübernahme und die Zuschüsse zur Instandhaltung durch die Stadt zu versteuern sind. Diese Rechtsauffassung ist jedoch mit dem Urteil des BFM vom 19. März 2014 auch schon wieder überholt.

Der BFH hat in seinem Beschluss vom 19. März 2014 entschieden, dass die Verpachtung eines Betriebes unabhängig von der Höhe des Zuschusses eine unternehmerische Tätigkeit darstellt, da die vereinnahmte Pacht auf privatrechtlicher Grundlage durch den Vertrag beruht. Auf weitere Voraussetzungen – so der BFH – komme es nicht an.

Neue Rechtslage

Als Ergebnis ist festzustellen, dass entsprechend der neuen geänderten Rechtsauffassung die Verpachtung der Paul-Horn Arena und der Sporthalle WHO steuerrechtlich einen Verpachtungsbetrieb gewerblicher Art darstellt, da die Verpachtung eine Unternehmereigenschaft mit der Option des Vorsteuerabzuges darstellt.

Bei dem im HH-Plan unter HHSt. 1.5611.7150.000 ausgewiesenen Zuschuss an die TSBG mbH handelt es sich in Wirklichkeit um die Nachschussverpflichtung der Stadt in Höhe des Verlustausgleichs entsprechend dem Gesellschaftervertrag. Da es sich hierbei um keinen Umsatz handelt, dürfte keine Steuerpflicht bestehen. Nach Auffassung des Fachbereichs Revision kann infolge der geänderten steuerrechtlichen Vorgaben an der bisherigen Betriebsform festgehalten werden.

#### **Abgleich Vergnügungssteuer mit der Gewerbesteueranlagung**

Der Fachbereich Revision hat im Rahmen der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2014 im Bereich der Vergnügungssteuer geprüft, ob die dort veranlagten Betriebe auch gleichzeitig als Gewerbesteuerzahler veranlagt waren.

Bei der Prüfung war festzustellen, dass die zur Vergnügungssteuer veranlagten Betriebe in der Regel auch zur Gewerbesteuer veranlagt wurden. Bei einer Anzahl von Debitorenkonten der Vergnügungssteuer war allerdings festzustellen, dass bislang keine Gewerbesteuer erhoben wurde.

In der Beantwortung des zuständigen Fachbereichs wurden die festgestellten Fälle entsprechend begründet und sind nachvollziehbar. Bei einem Fall hingegen wurde der Zerlegungsbescheid beim Finanzamt moniert. Die Angelegenheit ist bislang noch nicht abgeschlossen.

#### **Verbuchung von Rechnungsbelegen des Vermögenshaushalts im UA 1300 – Feuerlöschwesen**

Im Rahmen der örtlichen Prüfung wurden die Ausgabebelege 2014 des Vermögenshaushalts im UA 1300 – Feuerlöschwesen geprüft. Die Prüfung umfasste insbesondere die Auszahlungsanordnungen der Gr. 935\* (Beschaffung von Fahrzeugen, Geräten und sonst. beweglichen Vermögensgegenständen).

Schwerpunkte der Prüfung waren die Einhaltung der haushalts- und kassenrechtlichen Vorgaben und die richtige Verbuchung entsprechend dem Haushaltsplan ausgewiesenen Haushaltsstellen.

Für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen sind im HH-Plan jeweils pro Fahrzeug eigene Haushaltstellen mit entsprechenden Mitteln eingestellt. Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass die

dort veranschlagten Mittel teilweise nicht ausreichend waren. Ein Teil der noch benötigten Budgetmittel wurden im Rahmen der Budgetierung auf die betreffenden HH-Stellen umgeschichtet bzw. auf andere Haushaltsstellen im Vermögenshaushalt (Gr. 9351) und im Verwaltungshaushalt gebucht.

In der Stellungnahme des zuständigen Fachbereiches wurden die betreffenden Sachverhalte entsprechend dargestellt und begründet. Nach Auffassung des Fachbereichs Revision erscheinen die vorgebrachten Gründe plausibel, so dass von einer Umbuchung abgesehen werden konnte.

#### **Prüfung der Verwendungsnachweise bei den Zuschüssen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz**

Die von der Stadt bezuschussten Vereine und Institutionen haben nach Ablauf des Geschäftsjahres die zweckentsprechende Verwendung des Zuschusses nachzuweisen. Hierbei ist die Stadt berechtigt, Einsicht in die Bücher und sonstigen Geschäftsunterlagen des Zuschussempfängers zu nehmen. Die Prüfung einer zweckentsprechenden Verwendung obliegt dem zuständigen Fachbereich bzw. Stabstelle.

Im Rahmen der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung hat der Fachbereich Revision in Zusammenarbeit mit der Stabstelle Umwelt- und Klimaschutz die Verwendungsnachweise bei zwei der bezuschussten Vereine für das Jahr 2014 geprüft. Schwerpunkt der Prüfung war, ob die von den Vereinen vorgelegten Unterlagen vollständig sind und ob die hierfür maßgeblichen Förderrichtlinien für städtische Zuschüsse im Bereich Umwelt- und Klimaschutz eingehalten wurden. Die Prüfung ergab keine wesentlichen Beanstandungen.

Zusammen mit der Stabstelle Umwelt- und Klimaschutz hat der Fachbereich Revision für verschiedene Zuschusstatbestände eine stadteinheitliche Verfahrensweise festgelegt und mit den betroffenen Vereinen besprochen.

#### **Offene Debitoren- und Kreditorenposten im Buchungskreis 2000**

Die Altenhilfe Tübingen gGmbH wurde ursprünglich in den Jahren 1996 bis 2001 als Eigenbetrieb der Stadt geführt. Die Buchhaltung des Eigenbetriebes wurde im Jahr 1996 im Haushalt in den Sachbuchteilen 4 (Forderungen und Verbindlichkeiten), im Sachbuch 6 (Erträge und Aufwendungen) und Sachbuch 7 (Vermögensplan) abgebildet. In den Jahren 1997 bis 1999 erfolgte die Buchhaltung über das landeseinheitliche kaufmännische Verfahren W-IRV. Mit der Einführung von SAP zum 1. Januar 2000 wurde die Buchführung erneut umgestellt. Hierbei wurde eigens für den Eigenbetrieb Altenhilfe Tübingen der Buchungskreis 2000 eingerichtet.

Im Rahmen der vorbereitenden Arbeiten zur Umstellung auf das neue Haushaltsrechts wurden im Buchungskreis 2000 noch offene Posten im Bereich der Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung in Höhe von 2.907.572,84 Euro bzw. 209.633,29 Euro festgestellt. Hierbei ergab sich die Frage, ob diese Posten noch zu Recht bestehen und ob mit der Überführung des Eigenbetriebes in die neue Rechtsform die richtigen Werte in die Eröffnungsbilanz eingeflossen sind.

Der Sachverhalt wurde vom Fachbereich Revision in Zusammenarbeit mit der Stadtkasse überprüft. Die Prüfung erfolgte auf der Grundlage der beim Fachbereich Revision vorliegenden Unterlagen im Zeitraum der Jahre 1996 bis 2001.

Als Ergebnis war festzustellen, dass es sich bei den derzeit noch offenstehenden Buchungsposten um doppelt erfasste und bislang noch nicht bereinigte Forderungen bzw. Verbindlichkeiten im Zeitraum der Jahre 1996 bis 2001 handelt. Eine nachträgliche Forderung der Altenhilfe Tübingen gGmbH an die Stadt in Höhe der noch bestehenden offenen Posten scheidet somit aus.

Im Zuge der Umstellung auf die Doppik wurde vorgeschlagen, die betreffenden Debitoren und Kreditoren über das Rechenzentrum ausbuchen zu lassen und damit den Buchungskreis 2000 vollständig abzuschließen.

#### Abrechnung der GWG Tübingen 2014

Die Abrechnung der von der GWG verwalteten Wohnungen für das Jahr 2014 wurde am 27. April 2015 in Zusammenarbeit mit der zuständigen Fachabteilung geprüft. Die Prüfung fand in den Räumlichkeiten der GWG statt. Die entsprechenden Abrechnungsunterlagen, bestehend aus den Saldenlisten der Finanzbuchhaltung, der Bilanz mit GuV, den Mietrückständen, Kontoauszügen des Bank- und Geldmarktkontos wurden zur Prüfung vorgelegt. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die Abrechnung der von der GWG verwalteten städtischen Wohnungen für das Jahr 2013 sachgerecht war.

#### Personalprüfung

Die Personalausgaben haben eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung; 27,91 v.H. (Vorjahr: 25,52 v.H.) des Verwaltungshaushalts ohne innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten sind Personalausgaben. Die Personalausgaben stellen mit 58.964.060 Euro die größte Ausgabenposition innerhalb des Verwaltungshaushalts der Stadt dar. Der Personalaufwand des Eigenbetriebes Kommunale Servicebetriebe Tübingen (KST) beträgt 8.531.043 Euro, der Eigenbetrieb Musikschule Tübingen (TMS) liegt bei 2.202.571 Euro.

Der größte  
Ausgabebrocken

Im Rahmen einer präventiven Prüfungsarbeit begleiten wir Prozesse, Projekte und Arbeitsgruppen. Der Fachbereich Revision wird im Vorfeld von Entscheidungen häufig um Hinweise, Auskünfte und Stellungnahmen zu Vorgängen unterschiedlichster Art, insbesondere zur Auslegung von Gesetzen, Verordnungen und Tarifverträgen gebeten, dies bindet einen hohen Anteil der Arbeitszeit. Es können deshalb nur ausgewählte Prüfungsfelder im Rahmen eines mittelfristigen Zeitplans einer vertieften Prüfung unterzogen werden.

Beratung hat  
Vorrang

#### Entwicklung der Personalausgaben (ohne Eigenbetriebe)

Die Personalkosten  
steigen

Jahr	Personalkosten	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ( + / - )		Anteil am VWH / ohne innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten
	Euro	Euro	%	%
2004	38.899.412			34,86
2005	39.975.471	1.076.059	2,77	30,06
2006	40.174.486	199.015	0,49	27,92
2007	40.747.460	572.974	1,43	26,25
2008	44.060.979	3.313.519	8,13	27,92
2009	46.855.880	2.794.901	6,34	31,32
2010	48.746.290	1.890.410	4,03	30,14
2011	50.032.360	1.286.070	2,64	28,79
2012	52.017.604	1.985.245	3,97	25,74
2013	55.463.790	3.446.185	6,63	25,52
<b>2014</b>	<b>58.964.060</b>	<b>3.500.271</b>	<b>6,31</b>	<b>27,91</b>

Abbildung 19 Personalkosten der Stadt

Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der laufenden Rechnung (Verwaltungshaushalt) hat sich gegenüber dem Vorjahr verändert und liegt nunmehr bei 27,91 v.H.

Die Personalausgaben (ohne Eigenbetriebe) haben um 3.50 Mio. bzw. 6,31 Prozent auf fast 59 Mio. EUR zugenommen. Der von der GPA ermittelte Durchschnitt bei den Kommunen liegt im Vergleichszeitraum bei 5,2 Prozent (vgl. GPA Bericht 2014).

**Im Gesamtbetrag der Personalkosten 2014 sind enthalten:**

- Änderung der Bewertung von Stellen und damit verbundenen Höhergruppierungen und Beförderungen.
- Finanzierung der Altersteilzeitfälle
- Schaffung neuer Planstellen. Insgesamt sind 41.97 (Saldo) neue Stellen bei der Stadt und den Eigenbetrieben in den Stellenplänen enthalten
- Lineare Anhebung der Tabellenentgelte der Beschäftigten einschl. der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (Tarifergebnis TVöD 2013/2014)
- Erhöhung der Leistungsentgelte 2014 auf 2,25 v.H. der ständigen Monatsentgelte
- Lineare Anpassungen der Dienstbezüge der Beamten/innen (BVAnpGBW 2013/2014)

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung getrennt nach Verwaltung und den Eigenbetrieben Kommunale Servicebetriebe (KST) und Musikschule Tübingen (MST):

	<b>Stadt</b>	<b>EBT</b>	<b>SBT</b>	<b>KST</b>	<b>MST</b>	<b>Gesamtsumme</b>
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
2004	38.899.412	1.587.062	6.161.932			46.648.405
2005	39.975.471	1.678.363	5.950.296			47.604.130
2006	40.174.486	1.822.302	5.921.383			47.918.171
2007	40.747.160	1.743.386	5.760.124			48.250.670
2008	44.060.979	1.727.752	5.979.999			51.768.730
2009	46.855.880	1.730.380	6.135.856			54.722.116
2010	48.746.290	1.614.887	6.105.082			56.466.259
2011	50.032.359			7.834.431		57.866.790
2012	52.017.604			7.858.456		59.876.060
2013	55.463.790			8.044.574		63.508.364
<b>2014</b>	<b>58.964.060</b>			<b>8.531.043</b>	<b>2.020.571</b>	<b>69.515.674</b>
Plan 2015	62.788.680			9.029.510	2.182.600	74.000.790

Abbildung 20 Personalausgaben der Stadt mit Eigenbetrieben

Es ergibt sich folgendes Schaubild im Überblick:

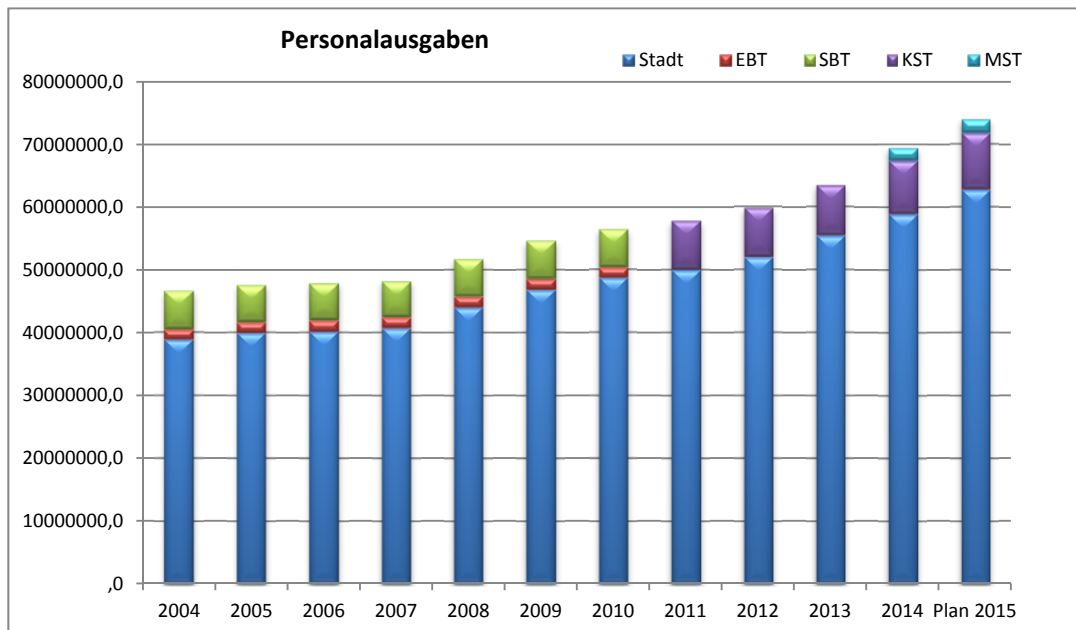


Abbildung 21 Personalausgaben – Grafik

Hierbei ist grundsätzlich anzumerken, dass die beiden Eigenbetriebe EBT und SBT zu einem neuen Eigenbetrieb „Kommunale Servicebetriebe Tübingen“ (KST) zum 1. Januar 2011 verschmolzen wurden. Der Eigenbetrieb Tübinger Musikschule (TMS) wurde zum 1. Januar 2014 neu gegründet.

Im Haushaltsplan 2014 waren die Personalausgaben (ohne die Eigenbetriebe) mit 59.384.520 Euro veranschlagt; es ergibt sich eine Abweichung zum Rechnungsergebnis in Höhe von – 420.459,55 Euro; dies bedeutet eine Planunterschreitung von – 0,71 v.H. (Vorjahr -1,79 v.H.).

Im Vergleich der Rechnungsergebnisse ergeben sich im Vergleich zum Vorjahr Mehrausgaben in Höhe von + 3.500.271 Euro (+ 6,31 v.H.); damit haben sich die Personalausgaben gegenüber dem Vorjahr (+ 3.446.185 Euro) nochmals spürbar erhöht.

Grund dafür ist ein Nettostellenzuwachs von + 41.97 Stellen. Die Begründungen und die Einzelheiten ergeben sich aus Vorlage 801/2013. Der Schwerpunkt der Stellenschaffungen liegt im Bereich Kindertages- und Schulbetreuung.

Durch die enge Bindung an Tarifverträge und Besoldungsgesetze haben die Personalausgaben kurz- und mittelfristig Fixkostencharakter; die Höhe der Personalkosten kann somit nur durch eine zurückhaltende Personalpolitik beeinflusst werden.

Bewertung schafft  
Sicherheit

#### **Stellenbewertungskommission**

Eine zeitnahe und sachgerechte Stellen- bzw. Dienstpostenbewertung ist für die Personalarbeit unabdingbar. Daher kommt der städtischen Bewertungskommission eine wichtige Bedeutung innerhalb der Personalarbeit zu.

Der Fachbereich Revision wirkt im Rahmen der präventiven Prüfungsarbeit in der Kommission für die Bewertung der Stellen der Beschäftigten und Beamten mit.

Die Anzahl der Einzelbewertungen lag auch im Jahr 2014 auf einem hohen Niveau. Die Erwartungshaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf eine höhere Bewertung ist spürbar gestiegen. Auslöser ist zu einem Großteil der TVöD, der bei Beschäftigungsverhältnissen ab dem 1. Januar 2005 durch den Wegfall von Zeit- und Bewährungsaufstiegen teilweise zu niedrigeren Entgeltgruppen führt. Außerdem gibt es eine Vielzahl von Berufen, die am Arbeitsmarkt besonders nachgefragt sind, wie z.B. IT-Fachleute, Bauingenieure, Erzieherinnen, für die der öffentliche Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht immer eine angemessene Bezahlung bieten kann.

All dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Stellenbewertungen weiterhin nach den bisherigen Regeln des BAT vorzunehmen sind. Die Stadt Tübingen ist tarifgebunden und hat nur wenig Spielräume.

#### **Neubesetzung von Stellen**

Bei Neubesetzung von Stellen hat der Fachbereich Revision stichprobenweise im Vorfeld geprüft, ob das Anforderungsprofil einer Stelle und die daraus resultierende Stellen- bzw. Dienstpostenbewertung, auf der Grundlage des Organisationsstellenplanes, mit der Ausschreibung der Stelle, d.h. mit der ausgeschriebenen Entgelt- bzw. Besoldungsgruppe übereinstimmt. Auch wurde hierbei darauf geachtet, ob das Stellenbesetzungsverfahren eingehalten wurde.

Als Prüfungsergebnis kann bestätigt werden, dass im Grundsatz diese Rahmenvorgaben eingehalten wurden. In abweichenden Fällen wurde die Fachabteilung Personal und Organisation entsprechend informiert.

Im Rahmen der Arbeit in der städtischen Bewertungskommission ergab sich für den Fachbereich Revision die Fragestellung, ob die bisherige verwaltungsinterne Praxis bei Stellenbesetzungen unter Beachtung der stellenbezogenen Anforderungen tarifkonform ist. Der Fachbereich Revision hat hierbei auf die tarifrechtlichen Vorgaben insbesondere zur Ausbildungs- und Prüfungspflicht als Voraussetzung für die Eingruppierung der Beschäftigten (vgl. Tätigkeitsmerkmale der Anlage 1 zum BAT) und auf die Ausnahmen von der Prüfungserfordernis nach § 3 der Anlage 3 zum BAT hingewiesen.

Die zuständige FAB 11 hat zwischenzeitlich eine Handlungsanweisung „Ausbildungserfordernis bei Stellenbesetzungsverfahren“ für Beschäftigte nach dem Tarifvertrag für Verwaltungsangestellte allgemein erarbeitet.

#### **Eigenbetrieb Tübinger Musikschule (MST)**

Seit dem 1. Januar 2014 ist die Tübinger Musikschule als Eigenbetrieb der Universitätsstadt Tübingen aktiv. Die Stadt hat sich im Rahmen einer Vereinbarung mit dem amtierenden Vereinsvorstand der Musikschule verpflichtet, den Beschäftigten die Übernahme verbindlich in Aussicht zu stellen, sofern sie die ausgehändigten (Muster) Arbeitsverträge annehmen. Der Fachbereich Revision wird im Zuge der Übernahme der Beschäftigten in den neuen Eigenbetrieb die Arbeitsverträge prüfen und im Schlussbericht 2015 darüber berichten.

### Kommunale Servicebetriebe Tübingen (KST)

Im Rahmen einer Schwerpunktprüfung wurden die Monatsabrechnungen der Beschäftigten der damaligen Eigenbetriebe SBT und EBT auf die Auszahlung von Erschwernispauschalen geprüft. Die im Prüfungszeitraum (1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007) ausbezahlten Beträge beliefen sich auf ca. 231.000 Euro brutto; der Gesamtaufwand des Arbeitgebers lag bei ca. 295.000 Euro. Hierbei wurde festgestellt, dass die Erschwernispauschalen vielfach bereits im Jahr 1996 festgesetzt wurden, auf der Grundlage von veralteten Bemessungsgrundsätzen bezahlt wurden und teilweise nicht mehr den aktuellen Verhältnissen entsprechen.

Die Fachabteilung Personal hat die Eigenbetriebe SBT und EBT aufgefordert, die erschwerniszuschlagspflichtigen Tätigkeiten, die für die Bezahlung der Zuschläge maßgeblich sind, detailliert aufzulisten. Grundlage für die Erhebung war der Zeitraum vom 1. April 2009 bis 31. März 2010.

Die Aufzeichnungen wurden von der Fachabteilung Personal zwischenzeitlich ausgewertet. Die Fachabteilung Personal möchte auch künftig mit pauschalierten Erschwerniszuschlägen arbeiten. Der Fachbereich Revision hat vor einer endgültigen Festsetzung der neuen Erschwernispauschalen die vorliegenden Beschäftigungsnachweise der Arbeiter der KST stichprobenweise inhaltlich geprüft. Beispielhaft wurden die Beschäftigungsnachweise eines Kraftfahrers, Friedhofarbeiters und eines Müllwerkers mit Blick auf die Anspruchsgrundlage geprüft.

Im Ergebnis war festzustellen, dass beim Ausfüllen der Beschäftigungsnachweise der neue § 19 TVöD offensichtlich nicht berücksichtigt wurde. Der Fachbereich Revision hat deshalb vorgeschlagen, die vorliegenden Aufschriebe unter Beachtung des § 19 TVöD (vor Ort) auszuwerten und tarifgerechte (pauschalierte) Erschwerniszuschläge auszuarbeiten.

Um eine fundierte, nachhaltige Lösung für die Zukunft zu finden und entsprechende Regelungen zu erarbeiten, die mit den aktuellen tariflichen Bestimmungen im Einklang stehen, wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die im Februar 2013 die Arbeit aufnahm. Der Fachbereich Revision hat diesen sehr zeitaufwändigen Prozess begleitet und in dieser Arbeitsgruppe inhaltlich mitgearbeitet.

Um die Erschwernispauschalen überprüfen zu können, hatte sich die Arbeitsgruppe darauf verständigt, zunächst die Stellenbeschreibungen zu aktualisieren und dabei Berufsgruppen zu bilden. Da weder eine neue Entgeltordnung noch ein aktueller Erschwerniszuschlagsplan vorliegen, war es für die Arbeitsgruppe schwierig bis unmöglich, die Tarifvorgaben des § 19 TVöD zu überprüfen bzw. umzusetzen. Die Arbeitsgruppe hat sich deshalb auf eine Übergangsregelung verständigt, d.h. die Pauschalen entsprechend den Aufzeichnungen anzupassen und offensichtliche Unstimmigkeiten klarzustellen. Sobald die Tarifpartner sich auf eine neue Entgeltordnung bzw. einen neuen Zuschlagskatalog geeinigt haben, werden die Erschwernisse auch inhaltlich überprüft.

Der ursprünglich anvisierte Termin zum 31. Dezember 2013 konnte nicht eingehalten werden; erst im Herbst 2014 konnte die Arbeitsgruppe ihre Arbeit weitestgehend beenden. Die Umsetzung der Ergebnisse

- Neubewertung von Stellen aufgrund neuer Stellenbeschreibungen
  - Prüfen der Anspruchsvoraussetzungen für die Auszahlung der Vorarbeiterzulagen an die Beschäftigten im Bereich der Infrastruktur
  - Überprüfung der Erschwernisse und Festlegung neuer Erschwernispauschalen
- erfolgte zum 1. Juli 2014 bzw. 1. Oktober 2014. Im Bereich der Mülllader hat man sich auf eine Härtefallregelung bezüglich der Rückforderungen von Erschwernispauschalen verständigt.

Die vorgenommenen Neubewertungen und die Neufestsetzung der Erschwernispauschalen führen zu mehr Transparenz und bieten eine verlässliche Regelung für die Zukunft.

Es erhalten künftig 21 Beschäftigte eine Pauschale, die bisher unberücksichtigt geblieben sind. Bei 76 Beschäftigten fällt die Pauschale geringer aus, bei 50 Beschäftigten erhöht sie sich.

Der Fachbereich Revision wird die Entwicklung im Personalbereich bei den Kommunalen Servicebetrieben auch zukünftig begleiten.

### **Eingruppierung der Leitungen in den Kindertageseinrichtungen**

Neuregelung (Aktenvermerk der Fachabteilung Organisation vom 7. Mai 2014 / Schreiben von 14 vom 27. Mai 2014). Der Fachbereich Revision möchte den Sachverhalt (vgl. Schlussbericht 2013) nochmals darstellen, es wurde bisher noch nicht abschließend geklärt. Die finanziellen Auswirkungen berühren die Jahre 2014 und 2015.

Die Herabgruppierung der derzeitigen Stelleninhaberinnen Leitung und stellvertretende Leitung Kinderhaus Alexanderpark im Zusammenhang mit den Belegungszahlen soll für die Jahre 2014 und 2015 ausgesetzt werden, um ausreichend Zeit für die Erarbeitung einer grundsätzlichen Neuregelung zu erreichen. Insbesondere die Themen Fachkräftebindung und die Regelung zur Fürsorgepflicht für langjährige Leitungen sollen mit eingebunden werden. Sollten sich aus der Überprüfung der Belegungszahlen zum 1. Januar 2015 auch in anderen Einrichtungen weitere Unterschreitungen der Belegungszahlen ergeben, die nicht auf einen demografischen Wandel zurückzuführen sind, soll ebenfalls von einer Herabgruppierung im Jahr 2015 abgesehen werden.

Grundsätzlich sei angemerkt, dass die eingruppierungsrelevanten Veränderungen, die sich aus den Belegungszahlen in den letzten Jahren ergaben, von der Fachabteilung 13 immer dem Fachbereich Revision zur Prüfung zeitnah vorgelegt wurden. Hierdurch konnte der Fachbereich Revision vor Umsetzung die Prüfung vornehmen. Einzelfälle, die tarifrechtlich grenzwertig waren, gab es auch schon in der Vergangenheit, diese wurden dann gemeinsam zwischen der Fachabteilung 13 und dem Fachbereich Revision im Grundsatz positiv für die Beschäftigten entschieden, hierbei wurden vorhandene, tarifrechtlich mögliche Spielräume bestmöglichst genutzt.

Aus der Sicht des Fachbereichs Revision wird die Neuregelung (Aktenvermerk der Fachabteilung 13 vom 7. Mai 2014) nun nicht mehr vom Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst (Anhang zu Anlage C zum TVöD) abgedeckt. Es handelt sich im Ergebnis um eine übertarifliche Regelung, die mit dem Gemeinderat abzustimmen ist. Eine entsprechende Entscheidung seitens des Gemeinderats liegt dem Fachbereich Revision nicht vor.

Abschließend wollen wir darauf hinweisen, dass bei unserer bisherigen städtischen Regelung bei der Ermittlung der Durchschnittsbelegung Doppel- oder Mehrfachzählungen von Kindern berücksichtigt wurden. Dies hat der Fachbereich Revision in der Vergangenheit so mitgetragen. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat mit Urteil vom 11. Dezember 2013 entschieden, dass Doppel- oder Mehrfachzählungen im Zusammenhang mit der Eingruppierung der Leiterin einer Kindertagesstätte unzulässig sind.

Bei der Ermittlung der Durchschnittsbelegung ist dies künftig zu berücksichtigen, d.h. die bisherige Regelung muss dahingehend geändert werden.



## Prüfung der Bauausgaben

Die bautechnische Prüfung umfasst den Bereich der Stadtverwaltung Tübingen und Kommunale Servicebetriebe Tübingen. Die Ergebnisse der Prüfungen bei den Kommunalen Servicebetrieben Tübingen werden in einem gesonderten Bericht verfasst.

### Allgemein

#### Änderung der Hauptsatzung

Laut Hauptsatzung überträgt der Gemeinderat dem Oberbürgermeister die Vergabe von Lieferungen, Leistungen und Bauleistungen mit Ausnahme der laufend benötigten Betriebs-, Verbrauchs- und anderen Stoffe, soweit die Kosten jeweils nicht mehr als 150 000 Euro im Einzelfall betragen.

#### Das neue Tariftreue- und Mindestlohngesetz für Öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) in Kraft seit dem 16. Juli 2013

Jedem Leistungsverzeichnis liegt die Eigenerklärung für die Bieter bei. Obwohl der Bieter die Erklärung (KEV 179.3 AngErg Tariftreue/Mindestlohn) nicht unterschreiben muss bestätigt er mit Abgabe des Unterschriebenen Angebotes die Einhaltung des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG). Aufträge dürfen künftig nur an Firmen vergeben werden, die dieses Formular unterzeichnet abgegeben haben.

### Vergabeprüfungen im Allgemeinen

#### Vergaben

Im Rahmen der begleitenden Prüfung wurden alle dem Fachbereich Revision mitgeteilten Vergaben und Ausschreibungen geprüft. Der Fachbereich Revision hat teilweise an Submissionsterminen teilgenommen. Insgesamt wurden geprüft:

71	öffentliche Ausschreibungen mit einem Auftragsvolumen von	11,091 Mio. Euro	weniger beschränkte
69	beschränkte Ausschreibungen mit einem Auftragsvolumen von	5,161 Mio. Euro	mehr öffentliche
119	Freihändige Vergaben mit einem Auftragsvolumen von	1,197 Mio. Euro	Ausschreibungen

#### Beratung aller Fachbereiche

Vor allem Fachbereiche, die in der täglichen Arbeit selten mit Vergaben zu tun haben, unterstützt der Fachbereich Revision. Vorwiegend zu Fragen der Vergabeart und der geltenden Wertgrenzen, sowie auch bei Wertung und Ausschluss von Angeboten, wird die Unterstützung und Beratung des Fachbereichs Revision in Anspruch genommen.

Beschränkte Vergaben ab 25.000 Euro werden im Internet auf der Tübinger Homepage veröffentlicht. Die Vorlage der Ausschreibungstexte für die Veröffentlichung verhindert einmal mehr Vergabefehler. Im Zuge der Veröffentlichungen ergingen Hinweise zur Änderung der Submissionstermine oder Bindefristen. Bei zeitlich schwierigen Vergaben bespricht der Fachbereich auch den Terminablauf bereits im Vorfeld mit dem Fachbereich Revision.

#### **Vorlage der Vergabevermerke zu den Freihändigen Vergaben**

Vergabevermerke müssen ab der Höhe von 2.500 Euro der geschätzten Nettosumme für Aufträge dem Fachbereich Revision vorgelegt werden. Routinemäßig werden von allen Fachbereichen, vor allem auch denen, die nicht dem Baudezernat zugeordnet sind, Vergabevermerke für Vergaben unter diesem Schwellenwert vorgelegt. So wird einmal mehr dem Nachweis für ein korruptionsfreies Verwaltungshandeln Rechnung getragen.

#### **Freihändige Beauftragung von Architekten – und Ingenieurbüros**

Entscheidungen über die Vergabe von Ingenieurleistungen können bis zur Honorarsumme in Höhe von 12.500 Euro ohne Mehrwertsteuer von der Fachbereichsleitung getroffen werden. Lediglich zwei der fünf Verträge im Hochbaubereich lagen im Zuständigkeitsbereich der Fachbereichsleitung. Im Tiefbaubereich sind die Ingenieurleistungen in 21 Fällen in freihändiger Vergabe erteilt worden. Siehe auch Aufträge an Planer.

#### **Freihändige Vergaben von Tiefbauaufträgen**

Nur drei Aufträge  
freihändig  
vergeben

Tiefbauarbeiten sind gem. § 3 VOB/A bis zu einer geschätzten Auftragssumme von 150.000 Euro ohne Mehrwertsteuer beschränkt auszuschreiben. Im Fachbereich Tiefbau sind drei verschiedene Bauaufträge an verschiedene Unternehmen erteilt worden.

#### **Freihändige Vergabe an die Stadtwerke Tübingen**

Stundensätze sind  
angepasst

Seit 2011 besteht bezüglich den Ersatzbeschaffungen von Leuchtmitteln und dem Austausch der defekten Leuchtmittel an der Straßenbeleuchtung ein Contracting-Vertrag mit den Stadtwerken Tübingen. Die Arbeiten zur Erneuerung der städtischen Straßenbeleuchtungen werden daher auch an die Stadtwerke vergeben. Im Jahr 2014 sind im Rahmen der freihändigen Vergabe elf Aufträge erteilt worden. Die Auftragssumme betrug 216.923,49 Euro. Ein separater Auftrag wurde für die Änderung der Straßenbeleuchtung zum Umbau Friedrich-/ Karlsstraße in Höhe von 59.192,98 Euro erteilt. Abgerechnet wird auf der Basis der im Contracting vereinbarten Stundensätze.

#### **Vertragswesen HOAI- Ingenieur- und Architektenverträge**

##### **VOF – Verfahren**

Der Fachbereich Revision begleitete VOF-Verfahren. Die Teilnahme an den Vorstellungsgesprächen und die Fachkenntnis ist eine Beurteilung der Bietergespräche begleitend möglich.

##### **Aufträge an Planer**

In den Fachbereichen Hochbau, Tiefbau und Planen und Entwickeln werden die unterschiedlichsten Aufträge für Planungsleistungen und Beratungsleistungen auf der Grundlage der HOAI erteilt. Im Jahr 2014 wurden beispielsweise vom Fachbereich Tiefbau an elf verschiedene Büros 21 Aufträge in Höhe von insgesamt 337.000 Euro vergeben. Die Vertragssummen bewegen sich zwischen 400 Euro für die Planung einer Signalsteuerungsänderung bis zu 74.000 Euro für den Aufbau einer Datenbank zum Hochwasser- und Gewässerschutz. Es handelt sich nicht ausschließlich um Leistungen, die nach HOAI abzurechnen sind. Als Beispiel ist das wasserwirtschaftliche Gutachten, die tragwerkliche Berechnungen zur Machbarkeitsuntersuchung einer Brückenertüchtigung und Untergrunduntersuchungen zu benennen. Solche spezifischen Leistungen können meist nur von einigen wenigen Büros erbracht werden. Die

Beauftragungen erfolgten entsprechend den Bestimmungen und Festlegungen der Dienstanweisung Vergabewesen.

#### Teilschlussrechnung zur Planung des Jugendcafe Innenstadt

Die Planung des Jugendcafe Innenstadt wurde einem externen Architekturbüro in Auftrag gegeben. Der Vertrag sollte vorzeitig gestoppt werden. Gemeinsam mit dem Fachbereich wurden die Vertragsgestaltung und einzelne Vertragskomponenten festgelegt. Gegenüber der Abrechnung nach Stunden konnte dadurch eine Einsparung von über 4.000 Euro erzielt werden.

Honorarvertrag  
angepasst

#### Bauabrechnungen

##### Prüfung von Auszahlungen und Kostenzusammenstellungen

Es konnte im Rahmen der Belegprüfung auf eine Doppelzahlung aufmerksam gemacht werden.

##### Abrechnung der Poststraße (Zinserdreieck)

Die Schlussrechnung der Poststraße ist vom Ingenieurbüro noch nicht abschließend geprüft. Es wurde die letzte Abschlagszahlung bzw. deren Grundlage und Aufmaße zur Prüfung herangezogen. Aufklärungsgespräche zum Aufmaß verhinderten, dass eine Überzahlung der Position 5.2.20 in Höhe von 3.024,65 Euro abgerechnet wurde. An Stelle der vereinbarten Pauschale sollte die Abrechnung einer Treppe in Stufen erfolgen.

Aufmaß Korrektur  
3.024,65 Euro

##### Prüfung der Abrechnungen zu den Baumaßnahmen der Schulhöfe

Mit Vorlage 89/2014 wurde über die Verteilung der Mittel für die Schulhofgestaltung und Unterhaltungsmaßnahmen der Schulhöfe 2014 berichtet. Dazu prüft der Fachbereich Revision einzelne Abrechnungen. Das abschließende Ergebnis wird im Schlussbericht zum Haushaltsjahr 2015 vorgelegt.

Bericht im SB 2015

##### Inklussionsmaßnahme Grundschule Pfrondorf

Für bauliche Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit an der Grundschule Pfrondorf wurden im Haushalt 180.000 Euro bereitgestellt. Allein die Aufzugs- und die Rohbauarbeiten mussten auf Grund der geschätzten Kosten gem. § 3 VOB/A beschränkt ausgeschrieben werden. Alle anderen Arbeiten konnten freihändig vergeben werden. Die freihändige Vergabe ermöglichte, dass Tübinger Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert und beauftragt werden konnten. Insgesamt sind die Kosten in Höhe von 175.590 Euro abgerechnet.

Baukosten  
eingehalten

##### Prüfung von Nachträgen

Die Fachabteilungen müssen Nachträge über 25.000 Euro brutto Gesamtsumme dem Fachbereich Revision vorlegen. Weiter müssen Nachträge dem Fachbereich Revision vor Beauftragung vorgelegt werden, sobald durch die Nachtragsbeauftragung zehn Prozent der Bruttoauftragssumme überschritten werden. 2014 sind keine wesentlichen Anmerkungen zu Nachträgen erfolgt.

##### Abbrucharbeiten von Gebäude

Der Nachtrag zu den Abbrucharbeiten bei einem Schulgebäude war nicht nachvollziehbar dargestellt worden, gemeinsam mit dem Fachbereich wurde der auf Einheitspreisen beruhende Vertrag geändert. Aus der ursprünglichen Forderung in Höhe von 22.753 Euro wurde eine Pauschalsumme in Höhe von 16.660 Euro.

Reduzierung  
6.063 Euro

## Betätigungsprüfung

Die Betätigungsprüfung, also nach der Gesetzesdefinition die Prüfung der Betätigung der Gemeinde als Gesellschafter oder Aktionär in Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, wurde dem Fachbereich Revision als zusätzliche Aufgabe vom Gemeinderat übertragen.

### Beteiligungsbericht

Der Beteiligungsbericht 2014 mit den Rechnungsergebnissen des Jahres 2013 wurde im Juli 2015 erstellt. Der Bericht enthält die wesentlichen Unternehmensdaten aus den Geschäftsberichten und Jahresabschlüssen des Jahres 2013.

### Identifizierung der Risiken im Rahmen der Betätigungsprüfung

In den letzten 20 Jahren haben bedeutende Veränderungen in der kommunalen Aufgabenerfüllung stattgefunden. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Städte und Gemeinden hat sich von der Kernverwaltung wegverlagert. Der Schwerpunkt liegt nun außerhalb.

Ein großer Teil der kommunalen Aufgaben wird in Eigenbetrieben und GmbHs oder Aktiengesellschaften erledigt. Diese sind zudem nicht mehr so stark eingeschränkt wie früher. So sind die meisten Baugesellschaften nicht mehr nur in ihrem angestammten Bereich, der Schaffung von Wohnraum für sozial schwächere Bevölkerungsschichten, sondern darüber hinaus im Bauträgergeschäft oder in der Hausverwaltung tätig. Auch die kommunalen Stadtwerke kümmern sich inzwischen nicht nur um die Energie- und Wasserversorgung sondern bieten zusätzliche Leistungen an. Die Expansion ist nicht auf das Gemeindegebiet beschränkt. Die Stadtwerke betätigen sich zunehmend außerhalb ihres früheren Wirkungskreises. Im Gefolge dieser Veränderungen müssen die Firmen höhere Risiken eingehen als früher und sie müssen sich anderer Finanzierungsinstrumente bedienen.

Die Umsatzerlöse der städtischen Beteiligungen übertreffen mit über 350 Mio. Euro inzwischen bei weitem die der Kernverwaltung mit verrechnungsbereinigt nicht einmal 200 Mio. Euro.

Der Gesetzgeber hat den privaten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften den Fragenkatalog zu § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz an die Hand gegeben, um die wirtschaftlichen Risiken in den geprüften Betrieben in den Griff zu bekommen. Dieser ist sehr formal gehalten und es ist die Frage, ob damit zukünftige Risiken adäquat ermittelt werden können. Die Identifizierung von Klumpenrisiken ist damit nicht möglich.

Auch die kommunalen Rechnungsprüfungsämter müssen sich dem Thema des Risikomanagements stellen.

### Zinsrisiken

Der Fachbereich Revision hat deshalb in einem ersten Schritt die Risiken für die Stadt aus Zinsänderungen untersucht. Die Risiken von mittel- und langfristigen Zinsänderungen bei Neuaufnahme und Verlängerung von Krediten sind gerade jetzt bei historisch niedrigen Zinssätzen im Auge zu behalten.

Der Hauptrefinanzierungssatz, also der entscheidende Leitzinssatz der EZB liegt im Augenblick bei 0,05 Prozent. Es wurde eine Zinsbewegung bis sechs Prozent unterstellt. Dieser Zinssatz von sechs Prozent entspricht ungefähr dem langjährigen Durchschnitt seit den Nachkriegsjahren. Das zeigen die Zeitreihen der Bundesbank für den damaligen Diskontsatz bzw. der Europäischen Zentralbank für den heutigen Hauptrefinanzierungszinssatz.

Bei der Sichtung wurden die Kredite herausgenommen, deren Zinsbindung in näherer oder fernerer Zukunft endet. Es wurde angenommen, dass der Zinssatz zur Zeit der Zinsvereinbarung dann sechs Prozent betragen wird und

Es gibt vier große Bereiche, die jeweils mit Kreditverbindlichkeiten in der Größenordnung von 30 bis 60 Mio. Euro ausgestattet sind.

1. Kernverwaltung
2. Kommunale Servicebetriebe Tübingen
3. Stadtwerke Tübingen
4. GWG Tübingen

#### Kernverwaltung

Die Zinsrisiken bei den Schulden der Kernstadt werden wegen des Sachzusammenhangs hier im Kapitel Betätigungsprüfung aufgeführt.

Die Berechnung der Zinsrisiken für die städtischen Schulden von ergibt die folgende Grafik:

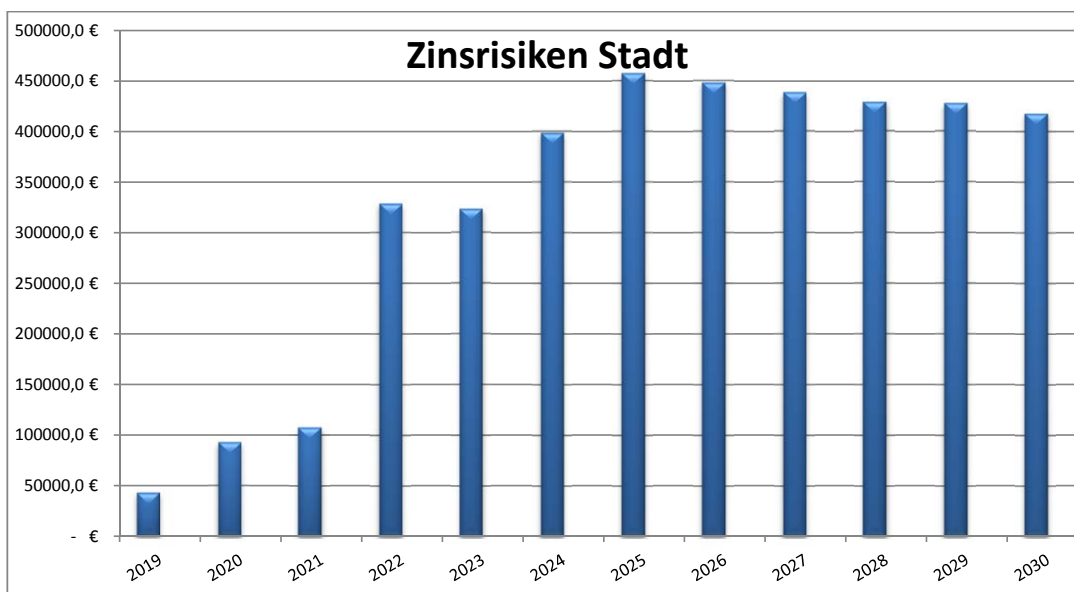


Abbildung 22 Zinsrisiken Stadt

Bei einer Änderung der Zinsen am Kapitalmarkt bis zu einer Höhe von sechs Prozent ergibt sich durch Kreditverlängerungen eine Mehrbelastung für den städtischen Haushalt von rund 450.000 Euro pro Jahr. Es ist zu beachten, dass die Zinsen der in der Finanzplanung vorgesehenen neuen Kredite hinzugerechnet werden müssen.

### Kommunale Servicebetriebe Tübingen

Die Untersuchung der Kredite der KST war bei Drucklegung des Schlussberichts noch nicht abgeschlossen.

### Stadtwerke Tübingen

Der Fachbereich Revision hat in enger Zusammenarbeit mit den Stadtwerken und mit dem Fachbereich Finanzen zunächst die Verbindlichkeiten der Stadtwerke untersucht.

Die Auswirkungen einer Erhöhung des Zinssatzes auf sechs Prozent sind in einer Grafik dargestellt.

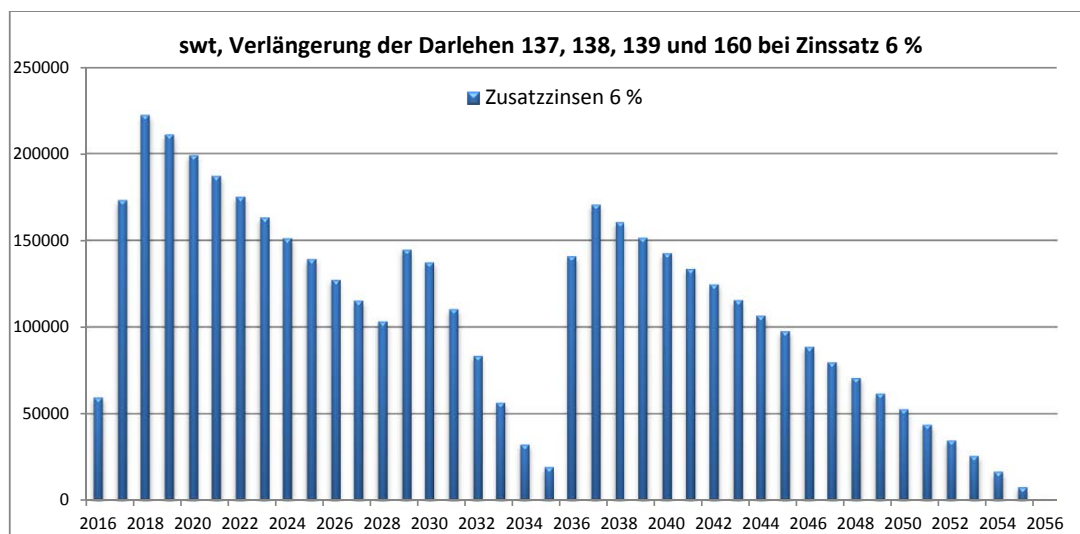


Abbildung 23 Zinsrisiken Stadtwerke

Aus dem Schaubild ergibt sich, dass Mehrbelastungen bis zu 222.750 Euro auftreten würden.

Auch die Verbindlichkeiten der Beteiligungen der Stadtwerke wurden einzeln besprochen und erörtert. Es ergab sich, dass im Bereich der Stadtwerkebeteiligungen keine nennenswerten Risiken aus möglichen Zinserhöhungen enthalten sind.

### Ergebnis:

Bei einer Änderung der Zinsen am Kapitalmarkt bis zu einer Höhe von sechs Prozent ergibt sich durch Kreditverlängerungen eine überschaubare maximale Mehrbelastung für die Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtwerke von 222.750 Euro.

Nennenswerte Risiken bei den Beteiligungen der Stadtwerke aus Zinserhöhungen sind nicht erkennbar.

### GWG Tübingen

Die GWG hat auf Veranlassung des Fachbereichs Revision die Zinsrisiken untersucht, darüber eine Aufsichtsratsvorlage für die Sitzung am 11. Juni 2015 gefertigt und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Das latent vorhandene Zinsrisiko ist Bestandteil der Risikostrategie des Unternehmens. Die Entwicklung der Fremdkapitalzinsen wird laufend überwacht. Die zur Entscheidung anstehenden jährlichen Veränderungen werden rechtzeitig in die Wege geleitet und Pro-longationen von Darlehen rechtzeitig mit den Gläubigerbanken verhandelt. Sollten die in dieser Vorlage dargestellten Zinsrisiken eintreffen, können die zusätzlichen Zinsen, die sich in den dargestellten Geschäftsjahren ergeben, von der GWG getragen

werden. Bei einer Änderung der Fremdkapitalzinsen bis zu einer Höhe von sechs Prozent ergäbe sich für die GWG eine maximale Mehrbelastung für die Gewinn- und Verlustrechnung von rund 142.000 Euro im Jahr 2018, die auf etwa 1,5 Mio. Euro bis im Jahr 2026 ansteigen könnte. Diese Zusatzbelastung könnte die GWG tragen, ohne in eine wirtschaftliche Schieflage zu geraten.“

#### Weitere Risiken

Nicht nur aus dem Zinsniveau können Risiken entstehen. Weitere Risiken ergeben sich direkt aus dem unternehmerischen Handeln. Insbesondere die Fokussierung auf einen Bereich kann zu Klumpenrisiken führen. Wenn sie sich realisieren, werden Abschreibungen aus den Investitionen erforderlich, die die Gewinn- und Verlustrechnung der Unternehmen empfindlich belasten können.

Außerordentliche Abschreibungen waren beispielsweise bei den automatischen Parkhäusern notwendig, die im ersten Jahrzehnt gebaut wurden.

Ein Schwerpunkt der städtischen Investitionen liegt auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien. Wenn die Stadtwerke ein Investitionspaket von 50 Mio. Euro für Beteiligungen und eigene Investitionen an und in Photovoltaik, Windkraft und Kraft-Wärme-Kopplung planen und teilweise bereits abgearbeitet haben, kann aus dieser Massierung ein Risiko erwachsen.

Zur Rentabilität von KWK-Anlagen gibt es eine Untersuchung vom 1. Oktober 2014, die die Prognos AG zusammen mit dem Fraunhofer-Institut erstellt hat. Diese kommt zu dem bündigen Schluss:

„Die Wirtschaftlichkeit der KWK in der allgemeinen Versorgung ist unter den aktuellen Bedingungen (niedrige Stromgroßhandelspreise) für Neubauvorhaben und Anlagenmodernisierungen nicht gegeben. Im Bestand können heute und in den nächsten Jahren nur noch Kohle-KWK-Anlagen wirtschaftlich betrieben werden. Erdgas-KWK-Anlagen hingegen sind nicht in der Lage, ihre Betriebskosten zu decken. Für die Betreiber entstehen damit aktuell und zukünftig Verluste.“

Bei KWK-Anlagen werden die Erlöse aus dem Verkauf von Strom und Wärme erzielt. Der Börsenpreis für Strom ist seit längerer Zeit anhaltend niedrig. Das macht es schwieriger, auskömmliche Preise zu erzielen. Der Preis ist im dritten Quartal 2015 für BHKW bis zu 2.000 kWh Leistung auf 2,835 Cent pro eingespeister Kilowattstunde gefallen, dem bisher niedrigsten Wert.

Zwar ist der Fernwärmeabsatz in der Regel durch einen Anschluss- und Benutzungszwang gesichert. Der momentan und auf mittlere Sicht ebenfalls niedrige Ölpreis wirkt sich aber preisdämpfend auf die Fernwärme aus. Es ist also nicht zu erwarten, dass die Einnahmeausfälle beim Strom durch höhere Fernwärmepreise kompensiert werden können.

#### Eigenbetrieb Kommunalen Servicebetrieb Tübingen (KST)

Der Fachbereich Revision prüft den Jahresabschluss des Eigenbetriebs KST; Kommunalen Servicebetrieb Tübingen. Nach § 111 Abs. 1 GemO wird die Prüfung in entsprechender Anwendung des § 110 Abs. GemO (Örtliche Prüfung der Jahresrechnung der Stadt) vorgeschrieben. Das Prüfungsergebnis wird dem Gemeinderat in einem eigenen Bericht vorgelegt.

## Eigenbetrieb Tübinger Musikschule

Mit der Vorlage 457/2013 (vom Gemeinderat beschlossen am 16. Dezember 2013) erwarb die Universitätsstadt Tübingen den Betrieb und das Vermögen der Tübinger Musikschule e.V. zu einem Wert von 1,-- Euro. Das Vermögen der Tübinger Musikschule e.V. wurde zum 1. Januar 2014 in das Vermögen des städtischen Eigenbetriebes Tübinger Musikschule überführt.

Mit der Vorlage 139/2014 wurde die ungeprüfte Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2014, die notwendige Darlehensumwandlung sowie die Bewilligung einer außerplanmäßigen Ausgabe vom Gemeinderat am 19. Mai 2014 beschlossen.

Das im Verein Tübinger Musikschule e.V. vorhandene Anlagevermögen wurde dem Eigenbetrieb in gleicher Höhe (146.608,54 Euro) als Kapitaleinlage zugeschrieben.

Die Aufstellung der Vermögenswerte und die Bewertung des Anlagevermögens der Tübinger Musikschule e.V. wurde vom Fachbereich Revision vorgenommen. Des Weiteren wurde die Erstellung der Eröffnungsbilanz, sowie die Überführung in den städtischen Eigenbetrieb umfassend begleitet.

Die Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebs wurde dem Fachbereich Revision im Februar 2015 zur Prüfung übergeben. Das Prüfungsergebnis wird dem Gemeinderat in einem eigenen Bericht vorgelegt.

## Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg hat abgeschlossene Projekte der Fachbereiche Hochbau und Gebäudemanagement (FB 8) und Tiefbau (FB 9) zu den Bauausgaben der Stadt in den Jahren 2008 bis 2012 geprüft. Der Prüfbericht ging am 17. April 2014 bei der Stadtverwaltung Tübingen ein. Der Gemeinderat wurde mit Vorlage 277/2014 über die wesentlichen Inhalte des Prüfungsberichts informiert. Von den Fachbereichen wurde die Beantwortung und Klärung einzelner Feststellungen bis zum November 2014 durchgeführt. Auf die im November verfasste Stellungnahme an die GPA wird bis zum Jahresende eine Rückantwort erwartet. Der Gemeinderat wird über das Gesamtergebnis noch informiert.



## Bestätigungsvermerk

Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung der Universitätsstadt Tübingen für das Haushaltsjahr 2014 hatte nach § 110 der Gemeindeordnung zum Gegenstand, ob

- bei den Einnahmen und Ausgaben und bei der Vermögensverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- der Haushaltsplan eingehalten worden ist und
- das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind.

Die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung sind in diesem Bericht dargelegt. Das Fachbereich Revision kann dem Gemeinderat empfehlen, die Jahresrechnung 2014 festzustellen.

Tübingen, 18. August 2015

Fachbereich Revision



Berthold Rein

Fachbereichsleitung

### Anlagen

Anlage 1 – Entwicklung der HH-Gruppierungen

Anlage 2 – Bewegungsbilanz des städtischen Vermögens

Anlage 3 – Kostenrechnende Einrichtungen

Anlage 4 – Kasseneinnahmereste

Anlage 5 – Vermögensbewertung

**Entwicklung der HH-Gruppierungen  
Verwaltungshaushalt**

**Anlage 1**

Gruppierung		Rechnungsergebnisse										Plan	
Nr.		2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
0	Realsteuern	26.660.604	30.070.508	40.491.934	43.575.086	49.021.293	44.519.387	37.559.916	38.665.514	45.041.621	57.511.872	62.347.627	55.570.000
1	Gemeindeanteil an Gemeinschaftssteuern	28.292.118	26.990.182	26.805.165	29.918.960	33.248.712	37.174.961	34.087.018	34.000.634	35.948.045	40.135.520	43.047.403	44.301.530
2	Andere Steuern	438.735	347.580	520.824	499.968	482.305	443.023	526.424	678.214	1.023.853	1.149.896	1.303.302	1.278.080
3	Steuerähnliche Einnahmen	39.910	0	0	0	0	48.483	48.363	48.363	48.363	48.363	48.363	48.363
4	Schlüsselaufwendungen	24.249.155	26.825.194	25.937.669	32.005.098	32.128.498	37.028.570	35.231.531	43.651.429	45.681.158	48.028.647	54.279.894	51.759.000
6	Sonstige allgemeine Zuweisungen	706.347	713.382	714.929	716.398	718.485	719.275	721.345	747.356	755.602	758.875	766.812	747.720
9	Ausgleichsleistungen	2.082.788	2.041.031	2.043.977	2.200.838	2.464.405	2.516.681	2.611.043	3.523.240	3.131.610	3.244.313	3.254.310	3.389.320
0	Summe Hauptgruppe	82.469.657	86.987.877	96.514.498	108.916.348	118.063.698	122.450.380	110.785.640	121.314.748	131.581.889	150.829.123	164.999.349	157.045.650
10	Verwaltungsgebühren	2.114.374	2.457.206	2.347.904	2.601.602	3.171.183	2.836.616	2.959.128	3.418.626	3.310.100	3.697.018	3.215.653	3.552.600
11	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	4.859.276	4.705.605	4.838.131	4.940.002	5.016.361	5.284.326	5.743.274	6.497.458	7.124.744	7.541.458	7.694.596	7.671.390
13	Einnahmen aus Verkauf	846.742	361.685	359.087	424.121	487.965	544.137	529.027	394.038	591.022	657.224	627.911	685.890
14	Einnahmen aus Mieten und Pachten	3.669.872	2.285.870	2.759.353	2.157.338	2.054.477	1.980.183	2.065.577	2.010.562	2.084.497	3.516.723	3.416.770	3.333.830
15	Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	813.743	910.280	733.870	774.176	1.013.579	855.300	1.005.887	1.064.165	1.055.130	1.194.173	1.208.027	968.300
16	Erlöse aus dem Verkauf von Vermögenswerten	8.162.075	8.464.586	8.643.420	9.397.464	12.218.642	12.142.771	11.269.605	11.332.137	11.659.050	11.727.929	12.283.325	12.221.760
17	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	8.257.778	9.853.917	9.248.463	9.181.130	8.856.786	9.202.451	10.190.295	11.388.956	12.489.913	19.810.074	20.693.858	20.836.140
1	Summe Hauptgruppe	28.723.860	29.039.149	28.930.228	29.475.833	32.818.993	32.845.784	33.762.793	36.105.942	38.314.456	48.144.599	49.140.140	49.269.910
20	Zinseinnahmen	383.639	91.165	87.890	216.935	684.251	1.108.797	1.131.103	624.966	808.831	658.861	710.979	735.880
21	Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen	2.435.151	1.760.712	4.349.476	3.390.248	4.019.562	678.273	1.717.794	2.904.209	1.959.802	1.791.969	2.039.451	567.700
22	Konzessionsabgaben	4.521.298	5.004.620	4.514.511	4.608.053	4.953.174	4.234.767	4.226.675	4.406.884	4.752.935	3.733.582	4.204.527	4.000.500
26	Weitere Finanzerlöse	3.035.166	3.628.981	3.549.737	3.074.416	3.375.165	2.433.451	2.895.392	2.938.030	3.165.599	4.259.549	4.106.669	3.780.000
27	Kalkulatorische Einnahmen	13.438.054	13.578.472	13.980.381	7.858.090	7.804.197	8.086.750	12.512.031	19.725.721	16.108.527	20.261.887	20.199.055	18.726.210
28	Zuführungen vom Vermögenshaushalt	938.696	225.893	126.000	0	9.065	1.570.650	2.438.222	10.738	121.508	50.000	60.000	50.000
2	Summe Hauptgruppe	24.752.004	24.289.843	26.607.995	19.147.742	20.845.414	18.112.688	24.921.217	30.610.548	26.917.202	30.755.849	31.320.681	27.860.290
	Gesamteinnahmen	135.945.521	140.316.869	152.052.721	157.539.923	171.728.105	173.408.852	169.469.650	188.031.239	196.813.547	229.729.570	245.460.170	234.175.850

**Entwicklung der HH-Gruppierungen  
Verwaltungshaushalt**

**Anlage 1**

Nr.	Gruppierung	Rechnungsergebnisse											Plan	
		2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
40 47	Personalausgaben Deckungsreserve für Personalausgaben	39.038.551	38.899.412	39.975.471	40.174.486	40.747.160	44.060.979	46.855.880	48.746.290	50.032.360	52.017.604	55.463.790	58.424.250	963.270
4	Summe Hauptgruppe	39.038.551	38.899.412	39.975.471	40.174.486	40.747.160	44.060.979	46.855.880	48.746.290	50.032.360	52.017.604	55.463.790	59.384.520	
50	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.341.031	1.287.885	2.278.113	2.588.886	2.981.218	4.547.224	3.631.568	3.049.835	3.372.569	5.073.183	5.057.803	5.822.100	
51	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	1.151.825	1.234.016	1.158.622	1.232.311	1.358.066	1.773.161	1.750.779	1.425.398	1.973.042	1.877.507	2.177.185	2.775.510	
52	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	559.986	628.347	595.156	699.891	671.331	677.444	558.486	561.393	664.343	712.092	733.333	917.990	
53	Mieten und Pachten	380.696	650.449	612.837	593.785	830.755	1.001.346	1.018.725	1.033.064	1.157.237	1.378.805	1.674.648	1.805.260	
54	Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen usw.	5.135.307	4.931.837	4.844.073	5.133.699	5.655.949	6.141.781	6.563.052	6.613.116	6.122.232	7.108.631	7.974.471	7.997.830	
55	Haltung von Fahrzeugen	49.691	41.834	40.125	43.630	42.270	63.749	93.480	74.170	97.418	92.331	74.428	196.500	
56	Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	261.152	324.210	296.831	322.377	690.065	669.987	877.085	716.664	762.314	827.248	1.077.022	1.207.060	
57	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	632.369	723.714	782.888	870.856	866.323	1.166.800	1.807.928	1.660.899	1.869.016	1.859.873	2.279.677	2.564.320	
58	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	493.268	228.437	258.402	303.053	445.641	464.451	557.173	405.282	441.972	468.956	570.563	601.890	
59	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	965.066	997.841	1.125.159	1.183.025	970.282	1.136.835	987.477	953.725	981.142	970.666	1.046.015	1.054.920	
5	Summe Hauptgruppe	11.970.391	11.048.570	11.992.206	12.971.513	14.511.900	17.642.778	17.845.753	16.493.545	17.441.285	20.369.291	22.665.145	24.943.380	
60	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	318.842	513.560	516.986	736.555	548.944	551.499	748.156	454.153	547.254	589.885	600.765	816.300	
61	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	304.727	317.389	278.735	290.374	157.125	146.313	167.537	125.937	174.991	143.072	196.807	137.400	
62	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	226.890	267.869	324.960	365.323	379.659	375.322	395.870	387.940	438.554	487.634	549.801	553.810	
63	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	838.789	806.906	1.204.746	955.560	880.561	886.755	726.664	579.600	726.664	766.989	823.050	909.010	
64	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Sonderabg.	582.009	665.040	570.645	637.500	638.624	643.592	665.433	679.142	708.220	721.960	746.739	767.710	
65	Geschäftsausgaben	1.346.489	1.377.925	1.410.309	1.471.749	1.416.727	1.582.229	1.677.407	1.599.745	1.846.797	1.941.865	1.958.682	2.280.980	
66	Weitere allgemeine sächliche Ausgaben	350.917	324.511	331.656	319.084	252.860	337.466	373.097	350.132	494.976	573.209	703.519	1.553.050	
67	Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsaufwand	14.957.741	15.143.919	14.678.061	15.094.457	18.424.663	16.728.806	16.606.745	16.015.747	16.420.577	16.906.746	18.393.853	18.852.410	
68	Kalkulatorische Kosten	13.438.054	13.578.473	13.980.381	7.858.090	7.804.196	8.086.751	12.512.031	19.725.721	16.108.527	20.261.887	20.199.055	18.726.210	
6	Summe Hauptgruppe	32.364.458	32.995.592	33.296.479	27.728.692	30.503.359	29.338.733	34.109.572	39.918.115	37.466.561	42.393.247	44.172.270	44.596.880	
70	Zuschüsse für lfd. Zwecke an soz. o. ähnl. Einr.	7.018.876	8.790.375	9.465.770	9.431.227	9.940.885	10.971.557	13.217.620	14.587.906	14.836.070	16.609.227	17.590.274	19.238.135	
71	Zuweisungen und sonst. Zuschüsse für lfd. Zwecke	686.827	484.085	962.122	712.698	956.023	1.014.239	1.244.451	871.572	1.162.668	1.332.859	2.145.656	2.619.830	
72	Schuldendiensthilfen	18.821	18.574	9.193										
78	Sozialleistungen				17.426									
7	Summe Hauptgruppe	7.724.524	9.293.034	10.437.085	10.161.351	10.896.908	11.985.796	14.462.071	15.459.478	15.998.738	17.942.086	19.735.930	21.857.965	
80	Zinsausgaben	851.723	881.342	984.809	1.050.202	965.572	921.436	874.975	945.162	1.025.775	1.107.389	995.749	1.050.250	
81	Steuerbeteiligungen	5.244.140	4.740.389	6.440.590	6.180.912	7.896.008	5.917.733	3.902.683	4.718.814	5.816.474	5.352.532	11.038.739	7.263.200	
83	Allgemeine Umlagen	39.110.351	42.082.638	42.603.898	45.366.173	47.530.217	49.790.908	51.503.172	54.158.036	51.222.574	53.851.701	56.008.110	62.934.850	
84	Weitere Finanzausgaben	-358.617	375.892	395.549	562.949	-48.282	219.440	-234.456	937.571	1.672.457	-579.137	1.161.619	200.700	
85	Deckungsreserve				0	0	0	0	0	0	0	0	455.000	
86	Zuführung			5.926.634	13.343.645	18.725.263	13.531.049	150.000	6.654.227	16.137.323	37.274.858	34.218.819	11.489.105	
88	Globale Minderausgabe						0							
8	Summe Hauptgruppe	44.847.597	48.080.261	56.351.480	66.503.881	75.068.778	70.380.566	56.196.374	67.413.810	75.874.603	97.007.343	103.423.035	83.393.105	

**Entwicklung der HH-Gruppierungen  
Verwaltungshaushalt**

**Anlage 1**

Nr.	Gruppierung	Rechnungsergebnisse											Plan
		2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
	Gesamtausgaben	135.945.521	140.316.869	152.052.721	157.539.923	171.728.105	173.408.852	169.469.650	188.031.239	196.813.547	229.729.571	245.460.170	234.175.850
	Summe Einnahmen Verwaltungshaushalt	135.945.521	140.316.869	152.052.721	157.539.923	171.728.105	173.408.852	169.469.650	188.031.239	196.813.547	229.729.571	245.460.170	234.175.850
	Summe Ausgaben Verwaltungshaushalt	135.945.521	140.316.869	152.052.721	157.539.923	171.728.105	173.408.852	169.469.650	188.031.239	196.813.547	229.729.571	245.460.170	234.175.850

Entwicklung der HH-Gruppierungen  
Vermögenshaushalt

Anlage 1.1

Gruppierung	Rechnungsergebnisse												Plan
	Nr.	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
30 Zuführung vom Verwaltungshaushalt		11.590.188	344.400	5.926.634	13.343.645	18.725.263	13.531.049	150.000	6.654.227	16.137.323	37.274.858	34.218.819	11.489.105
31 Entnahmen aus Rücklagen		153.428	153.335	361.493	90.000	183.590	1.740.437	6.807.660	219.488	358.038	4.144.734	10.878.054	16.134.325
32 Rückflüsse von Darlehen		271.776	0	129.477	248.311	329.160	267.593	161.140	147.425	4.318.955	435.547	176.207	405.250
33 Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und Rückflüsse von Kapitaleinzug		4.197.372	1.988.126	19.647	1.280.778	1.000.000	11.735	15.872	1.917.060	57.049	140.000	74.899	0
34 Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens		522.869	635.789	2.669.394	1.498.495	927.124	1.961.546	9.355.994	3.721.300	3.764.898	2.410.036	2.929.145	3.000.000
35 Beiträge und ähnliche Entgelte		3.344.424	3.307.841	225.681	387.375	256.504	1.128.090	-97.425	237.040	61.457	278.337	301.266	64.000
36 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		3.498.675	2.856.371	4.462.316	4.711.474	3.746.689	1.193.400	7.335.563	999.476	1.358.321	4.522.510	4.545.715	2.094.500
37 Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen einschließlich Umschuldungen		1.736.793	23.495	4.321.361	-3.146.417	-522.280	1.920.000	6.864.000	3.000.000	9.116.145	0	1.984.780	1.000.000
38 Kostenersatzung Bund									0	100.000	0	37.801	0
39 Rechnungstechnische Abwicklung von Fehlbeträgen													
3 Summe Hauptgruppe		25.315.525	9.308.357	18.116.003	18.413.661	24.646.050	21.753.850	30.592.804	16.896.016	35.272.186	49.206.022	55.146.688	34.187.180
90 Zuführung zum Verwaltungshaushalt		938.696	241.893	126.000	0	9.065	1.570.650	2.438.222	10.738	73.008	50.000	60.000	50.000
91 Zuführung an Rücklage		199.468	586.582	6.150.622	4.819.248	10.088.315	422.149	299.942	4.172.713	10.229.361	20.641.260	10.770.841	1.245.600
92 Gewährung von Darlehen		0	14.000	0	430.000	0	0	453.500	150.000	0	222.000	7.875.000	200.000
93 Vermögenserwerb		1.241.526	1.611.843	1.526.469	2.176.148	2.927.077	5.392.717	3.885.583	3.871.478	4.124.261	5.484.466	5.964.862	4.791.980
94 Baumaßnahmen		14.271.504	2.911.522	5.506.773	6.564.125	6.048.194	5.634.992	12.839.660	3.443.624	9.575.948	10.937.019	15.343.670	16.100.000
95 Baumaßnahmen		2.290.985	2.575.852	1.351.241	2.641.152	3.023.302	6.512.640	2.388.450	2.792.087	6.732.548	6.984.894	7.114.156	7.017.000
96 Baumaßnahmen		353.105	231.813	394.809	468.865	616.992	542.295	523.419	436.384	842.801	660.419	1.412.400	837.500
97 Tilgung von Krediten, Rückz. v. Inneren Darlehen		963.281	1.043.248	1.133.802	1.201.402	1.231.956	1.131.542	925.146	895.723	1.920.807	4.005.788	5.872.584	1.195.000
98 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen		5.056.960	91.604	165.999	112.721	701.149	546.865	6.838.882	1.123.269	1.773.451	220.175	733.175	2.750.100
99 Deckung von Fehlbeträgen		0	0	1760288	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9 Summe Hauptgruppe		25.315.525	9.308.357	18.116.003	18.413.661	24.646.050	21.753.850	30.592.804	16.896.016	35.272.186	49.206.022	55.146.688	34.187.180
Summe Einnahmen Vermögenshaushalt		25.315.525	9.308.357	18.116.003	18.413.661	24.646.050	21.753.850	30.592.804	16.896.016	35.272.186	49.206.022	55.146.688	34.187.180
Summe Ausgaben Vermögenshaushalt		25.315.525	9.308.357	18.116.003	18.413.661	24.646.050	21.753.850	30.592.804	16.896.016	35.272.186	49.206.022	55.146.688	34.187.180

## Veränderungen des Anlagevermögens (Gebäude, Grundstücke) der Universitätsstadt Tübingen

UA	Gebäude und Grundstücke	Bewegungsbilanz 1990 - 2012		2013		Bewegungsbilanz 1990 - 2013	
		#BEZUG!	#BEZUG!	Verkauf	Erwerb	Verkauf	Erwerb
8800	Grundstücke	31.568.085,83 €	18.610.522,93 €	2.905.651,61 €	1.890.440,08 €	34.473.737,44 €	20.500.963,01 €
	für Großsporthalle	1.944.317,62 €	- €			1.944.317,62 €	- €
	Südstadt	11.659.128,70 €	11.504.067,32 €			11.659.128,70 €	11.504.067,32 €
	Wohnungsbau	19.429.091,49 €	- €			19.429.091,49 €	- €
	Gewerbeflächen	16.542.272,86 €	- €			16.542.272,86 €	- €
	Bauerwartungsland	1.564.807,96 €	4.088.939,22 €			1.564.807,96 €	4.088.939,22 €
	Land- und Forstwirtschaft	2.454.201,03 €	3.067.751,29 €			2.454.201,03 €	3.067.751,29 €
	Sonstige	1.102.515,56 €	766.937,82 €			1.102.515,56 €	766.937,82 €
		- €	15.338,76 €			- €	15.338,76 €
		- €	10.093,41 €			- €	10.093,41 €
8800	Gebäude	31.141.593,09 €	7.158.086,34 €			31.141.593,09 €	7.158.086,34 €
	Gesamt	- €	- €	2.905.651,61 €	1.890.440,08 €	- €	- €
		117.406.014,14 €	45.201.550,27 €	Saldo 2013	-	120.311.665,75 €	47.091.990,35 €
		- €	- €		1.015.211,53 €		
		- €	- €				
		-	<b>72.204.463,87 €</b>				<b>- 73.219.675,40 €</b>

Verkauf der GWG Wohnungen im Jahr 1997 und 1998  
für insgesamt 35,38 Mio DM = 18,09 Mio. Euro

**Entwicklung der Kostendeckung  
bei den kostenrechnenden Einrichtungen**

HHSt	Einrichtung	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Betreiber:
		%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	
2330	Mensa Umlandstraße ab 2009							2,80	1,61	1,18	0,67	<b>0,80</b>	Stadt
3212	Stadtmuseum	7,38	4,72	3,21	11,76	14,74	15,31	8,83	9,45	6,15	6,63	<b>9,43</b>	Stadt
3520	Stadtbücherei	7,68	8,57	8,33	7,79	7,61	7,33	7,78	8,94	9,02	9,21	<b>8,89</b>	Stadt
4351	Männerwohnheim	46,02	46,86	46,95	37,52	41,01	53,31	52,50	59,01	63,54	52,03	<b>60,92</b>	GWG
4352	Aufnahme- und Übernachtungsheim für Nichtsesshafte	231,21	103,28	131,83	109,92	86,06	200,84	104,53	171,82	71,2	178,11	<b>198,89</b>	GWG
4641	Kindergärten bis 2008	27,17	30,85	30,24	32,04	41,88	40,91						Stadt
4642	Kinderhäuser bis 2008	30,39	36,66	34,31	36,64	31,36	29,05						Stadt
4642	Kindergärten und Kinderhäuser ab 2009							31,33	32,62	36,09	59,71	<b>57,04</b>	Stadt
4643	Schülerhorte ab 1999	26,04	27,87	26,63	26,43	31,54	27,47	29,67	27,00	26,53	25,94	<b>20,10</b>	Stadt
5611	Vermietung Sporthallen					9,57	16,35	13,37	8,09	10,02	7,17	<b>6,35</b>	Stadt
7300	Märkte	79,58	86,62	83,85	83,87	95,10	75,46	81,26	80,62	79,01	64,86	<b>71,89</b>	Stadt
7500	Bestattungswesen	77,44	86,34	87,98	83,05	86,54	81,67	87,75	87,95	95,34	94,70	<b>92,51</b>	SBT
7610	Sammelantennenanlage WHO	94,90	96,70	104,64	99,75	70,94	90,93	95,29	101,80	83,15	60,75	<b>103,59</b>	Stadt
7901	Stoherkahanlageplätze ab 2002	121,92	122,61	122,81	90,98	70,49	124,35	74,26	73,22	86,72	111,63	<b>124,56</b>	Stadt
7922	Omnibushof	178,27	151,13	80,89	141,46	104,71	117,23	100,70	24,11	26,03	207,91	<b>130,12</b>	Stadt
7930	Fest- und Messeplatz	188,30	77,23	101,86	146,89	130,76	69,32	149,86	117,91	168,60	268,80	<b>116,73</b>	Stadt
8550	Stadtwald ab 2008						72,07	25,75	17,29	31,01	36,66	<b>33,61</b>	Stadt
8800	Wohn- und Geschäftsgebäude	216,11	258,37	186,13	154,45	161,54	122,65	117,92	51,88	53,00	61,63	<b>41,93</b>	GWG

Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt		2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	gegenüber Vorjahr +/-
		€								
100	Gebühren für Prüfungen Dritter	3.420,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.560,00	6.300,00	7.560,00	1.260,00
100	Ersätze vom KST	0,00	0,00	6.347,50	6.347,50	0,00	7.015,00	0,00	0,00	0,00
200	Ersätze vom KST	0,00	0,00	11.725,00	0,00	0,00	11.725,00	0,00	0,00	0,00
200	Ersätze vom KST	0,00	0,00	5.617,50	0,00	0,00	5.617,50	0,00	0,00	0,00
200	Verwaltungskostenbeitrag von den SWT	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.486,00	9.486,00
203	Mieten	0,00	6.797,41	8.549,51	7.486,60	6.353,44	4.232,98	5.315,24	6.464,73	1.149,49
220	Ersätze vom KST	9.740,00	9.740,00	9.740,00	9.740,00	13.980,00	19.760,00	0,00	0,00	0,00
220	Ersätze vom KST	2.745,00	2.745,00	2.745,00	2.745,00	4.110,00	16.380,00	0,00	22.190,00	22.190,00
221	Ersätze vom KST	7.672,00	7.807,00	5.168,00	9.297,00	12.206,00	12.778,58	0,00	0,00	0,00
221	Ersätze vom KST	3.653,00	1.865,00	1.777,00	5.762,00	4.682,00	15.200,00	0,00	19.915,06	19.915,06
221	Ersätze von Dritten	14.436,00	15.204,00	14.232,00	22.488,00	24.030,00	27.531,00	24.000,00	9.432,00	-14.568,00
320	Säumniszuschläge	557.251,50	601.213,81	299.379,79	351.190,19	222.718,42	227.069,64	224.004,62	207.223,87	-16.780,75
310	Ersätze vom KST	0,00	0,00	20.085,00	0,00	0,00	20.085,00	0,00	0,00	0,00
320	Ersätze vom KST	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13.495,00	0,00	0,00	0,00
320	Ersätze vom KST	13.495,00	0,00	13.495,00	0,00	0,00	20.662,50	0,00	0,00	0,00
340	Ersätze vom KST	0,00	7.792,50	7.792,50	7.792,50	0,00	7.792,50	0,00	0,00	0,00
340	Verzinsung von Steuernachforderungen	0,00	10.129,00	30.171,00	139.289,00	95.952,54	105.853,80	177.834,20	88.878,00	-88.956,20
350	Erlastung von Sach- und Personalkosten	5.568,00	5.712,00	0,00	0,00	0,00	6.628,30	6.628,30	6.624,26	-4,04
355	Mieten	0,00	0,00	2.297,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
355	Vermischte Einnahmen	0,00	0,00	0,00	65.775,00	159.911,01	97.064,13	99.833,94	97.873,78	-1.960,16
355	Ersätze vom EBT	31.062,37	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
510	Verwaltungsgebühren	6.084,24	7.014,09	10.385,62	10.712,75	12.063,47	14.205,97	13.532,49	13.852,56	320,07
550	Drittmittel für INET	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29.361,63	0,00	0,00	0,00
610	Ersätze vom KST	55.064,00	70.219,00	54.897,19	53.280,00	70.064,00	50.505,31	50.505,31	50.505,31	0,00
610	Ersätze vom KST	21.905,00	14.150,00	14.753,50	13.852,97	38.852,97	0,00	0,00	0,00	0,00
610	Ersätze von Dritten	5.120,00	447,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
620	Verkauf von Druckzeugnissen	2.605,54	2.546,97	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
810	Zuschüsse vom Arbeitsamt	8.779,37	0,00	7.591,72	6.313,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
810	Ersätze vom KST	0,00	8.824,41	5.000,00	0,00	13.329,64	6.206,03	0,00	19.077,63	19.077,63
810	Erlastungen von der AHT gGmbH	12.891,68	7.927,34	8.046,47	12.126,25	12.267,13	3.200,00	0,00	0,00	0,00
810	Ersätze vom KST	0,00	0,00	0,00	0,00	5.659,51	0,00	0,00	0,00	0,00
1100	Verwaltungsgebühren	117.600,67	115.497,54	107.811,78	101.088,17	97.453,97	93.258,42	114.290,83	117.022,14	2.731,31
1100	Kostensätze für Ordnungsmaßnahmen	32.310,75	32.832,72	27.776,53	36.674,76	34.060,15	33.812,90	35.620,83	38.738,36	3.117,53
1100	Kostensätze von Obdachlosen	138.388,83	144.627,20	123.815,79	113.612,38	87.336,83	88.482,29	86.785,83	87.462,97	677,14
1200	Zuweisungen vom Land/Atlastenfonds	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	75.000,00	75.000,00	0,00
1300	Kostenerstattung Überlandhilfe	312,91	593,91	312,91	312,91	8.531,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1300	Kostensatz Leitstelle	0,00	0,00	0,00	96.640,66	93.729,40	95.542,20	97.186,58	0,00	-97.186,58
1300	Kostenerstattungen	26.710,86	30.834,34	20.462,94	20.077,07	26.151,00	38.984,43	37.719,76	39.099,74	1.379,98
1300	Zuweisungen vom Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13.961,00	50,00	-13.911,00
1400	Kostensätze vom Bund	3.416,28	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00



Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt		2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	gegenüber Vorjahr +/-
	€									
2117	Kostensätze von Dritten	0,00	0,00	229,04	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
2900	Ersatz Schülerbeförderungskosten v.Landkreis	594,59	425,35	726,15	669,83	338,05	3.263,35	6.009,75	510,35	-5.499,40
2911	Entgelte für die ergänzende Betreuung	6.868,05	6.252,52	6.802,25	6.316,22	5.932,15	7.568,85	7.950,70	10.607,49	2.656,79
2920	Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
2940	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	0,00	968.812,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
2951	Benutzungsentschädigungen	19.090,67	19.844,89	27.111,59	49.903,79	43.114,58	40.626,14	26.331,89	45.574,75	19.242,86
2951	Stellplatzmieten	997,25	997,25	997,25	1.057,25	1.052,25	0,00	0,00		0,00
3000	Verkaufserlöse	675,96	495,23	257,94	294,30	963,32	0,00	0,00		0,00
3210	Personalkostenerstattung Kunsthalle	45.083,64	20.043,60	21.609,17	17.055,28	16.242,73	49.212,15	50.047,89	17.983,48	-32.064,41
3553	Benutzungsgebühren	3.110,71	2.038,40	1.738,40	1.738,40	1.738,40	0,00	0,00		0,00
3553	Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
3700	Zuschuss Landesdenkmalamt	0,00	0,00	0,00	40.000,00	19.250,00	19.250,00	13.480,00	13.480,00	0,00
4010	Kostensatz Bundesagentur	0,00	70.807,31	61.800,81	42.807,31	0,00	0,00	165.970,38	0,00	-165.970,38
4010	Kostensatz vom Landkreis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	24.320,00	0,00	-24.320,00
4300	Erstattung Zuschuss AHT	15.811,77	17.104,75	9.570,47	19.069,11	10.557,79	5.334,77	6.231,57	6.382,59	151,02
4351	Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
4351	Mieten Männerwohnheim	14.709,32	13.138,58	9.328,72	9.094,37	6.631,57	5.765,25	4.045,24	3.925,26	-119,98
4353	Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
4360	Kostensätze Unterbringung Asylbewerber	67.128,56	4.498,29	16.639,97	40.127,33	65.575,23	82.405,24	98.238,59	111.690,51	13.451,92
4641	Elternbeiträge Kindergärten	14.297,27	23.505,47	6.755,42	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
4641	Mieten	8.185,30	6.350,30	6.558,57	0,00	0,00	8.537,52	1.905,02		-1.905,02
4641	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	0,00	316.526,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
4642	Verpflegungskostenpauschale	0,00	0,00	10.213,00	16.612,35	22.819,53	33.875,59	44.725,71	39.369,71	-5.356,00
4642	Betreuungsgebühren	59.994,81	61.312,05	68.839,88	67.203,17	71.233,09	74.697,73	81.242,30	63.343,25	-17.899,05
4642	Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	0,00	593.554,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
4642	Interkommunaler Ausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00	126.111,67	106,71	0,00		0,00
4643	Elternbeiträge Schülerhorte	11.399,66	13.546,66	11.681,63	11.681,63	11.007,36	11.686,02	8.710,99	8.777,63	66,64
5200	Zuweisung d.Landes/Altlastenfonds	5.205,10	2.380,00	40.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
5600	Ersätze	0,00	0,00	0,00	11.163,45	9.865,06	7.749,34	7.625,79		-7.625,79
5611	Einnahmen aus Pacht	0,00	23.025,00	0,00	4.059,52	5.007,78	6.931,13	0,00		0,00
5611	Personalkostenerstattung von der Tübinger Sporth	0,00	0,00	8.914,64	0,00	0,00	26.144,25	5.103,74	0,00	-5.103,74
6020	Verwaltungskostenbeitrag von den SWT	9.179,77	27.009,06	0,00	0,00	60.329,13	60.515,19	83.415,31	80.559,31	-2.856,00
6010	Vermischte Einnahmen									
6020	Ersätze vom KST	0,00	41.387,50	41.387,50	44.610,00	0,00	41.387,50	0,00		0,00
6100	Vermischte Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15.236,31	0,00		0,00
6120	Vermessungsgebühren	3.762,71	3.369,31	3.432,36	3.347,31	3.322,32	3.495,04	0,00		0,00
6120	Gebühren Gutachterausschuß	6.386,43	1.828,02	4.045,92	3.071,44	11.172,28	5.987,92	0,00		0,00
6120	Erstattung von den Stadtwerken	5.017,73	5.258,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
6121	Vermessungsgebühren	95.393,83	81.402,53	27.574,76	42.404,08	87.317,33	53.116,86	40.441,46	51.219,37	10.777,91
6121	Verrechnungsgebühren vom VnH	29.682,38	1.278,69	950,44	1.079,29	1.036,34	3.961,21	10.950,82	950,44	-10.000,38
6121	Ersätze vom EBT	2.749,61	2.749,61	756,65	0,00	17.530,63	13.136,36	715,22	4.849,79	4.134,57
6130	Baugenehmigungs- u. Kontrollgebühren	208.841,08	178.410,55	204.551,45	208.250,43	152.269,52	164.668,80	202.159,44	240.368,40	38.208,96

Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	gegenüber Vorjahr +/-
	€								
6150 Erstattung von Sach- und Personalkosten	0,00	94.486,00	0,00	0,00	0,00	117.786,71	0,00		0,00
6200 Fehlleistungsabgabe	11.202,59	12.022,16	10.757,16	8.970,16	1.133,99	0,00	0,00		0,00
6300 Zuweisung für Gemeindeverbindungsstraßen	0,00	10.320,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
6300 Zuweisung Straßenverbindungspauschale	0,00	21.624,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
6300 Ersätze vom Eigenbetrieb EBT	0,00	0,00	996.305,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
6500 Zuweisungen für Ortsdurchfahrten	0,00	8.526,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
6600 Betriebskostensatz für Signalanlagen	0,00	6.491,45	0,00	0,00	0,00	0,00	67.407,08	0,00	-67.407,08
6700 Kostenersätze	0,00	12.852,19	6.198,99	3.069,98	2.644,62	6.783,39	725,10	1.068,19	343,09
7000 Ersatzeleistungen für Schadensfälle	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13.002,63	0,00		0,00
6810 Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
7000 Zinsen aus Trägardarlehen KST	0,00	0,00	0,00	115.133,91	0,00	45.000,00	0,00		0,00
7000 Gewinnausschüttung KST	0,00	0,00	458.717,33	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
7300 Marktgebühren	21.962,80	60.525,54	32.550,65	36.230,46	40.001,57	51.159,11	15.827,25	33.463,22	17.635,97
7340 Gebühren Markthalle	11.729,91	11.729,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
7500 Bestattungsgebühren	3.417,22	3.417,22	3.417,22	3.417,22	3.417,22	3.417,22	3.417,22	3.417,22	0,00
7700 Zinsen aus Trägardarlehen KST	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.732,87	25.732,87	0,00	-25.732,87
7700 Gewinnausschüttung KST	113.329,74	235.365,43	209.956,37	22.880,68	0,00	75.818,65	0,00		0,00
7900 Benutzungsgebühren von Verkehrsunternehmen	3.574,80	186,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
7922 Benutzungsgebühren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
7930 Platzmieten	49.706,35	43.076,35	43.076,35	43.076,35	42.893,34	44.083,34	45.518,82	28.548,68	-2.903,68
8300 Konzessionsabgabe Stadtwerke	1.117.000,00	1.174.000,00	829.766,53	1.116.500,00	1.070.500,00	1.132.750,00	1.033.000,00	1.027.321,22	-5.678,78
8550 Erlöse aus Holzverkäufen	24.647,83	15.706,28	20.274,50	17.784,03	467,23	658,39	51.975,21	18.978,14	-32.997,07
8550 Pachtzinsen Seinbruch Hagnach	17.895,22	9.956,22	28.436,44	44.810,84	44.810,84	0,00	0,00		0,00
8900 Gebäudemieten	167.317,64	142.122,05	124.641,25	145.538,57	151.101,22	122.159,47	92.952,83	93.713,79	760,96
8800 Mieten f. ehem. Garnisonswohnungen	27.147,73	16.697,23	15.565,00	15.565,00	15.189,96	15.565,00	15.565,00	9.800,75	-5.764,25
8800 Mieten aus der Mietverwaltung der GWG	350.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
8800 Pachtzinsen	26.888,22	28.746,10	31.541,96	39.415,00	13.884,93	18.034,16	18.224,99	23.220,63	4.995,64
8800 Vermischte Einnahmen	4.982,75	593,52	593,52	611,20	611,20	611,20	611,20	611,20	0,00
8800 Erstattung von Betriebskosten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18.352,06	18.352,06
8900 Mieten	11.485,73	11.485,73	11.485,73	11.485,73	0,00	0,00	0,00		0,00
9000 Grundsteuer B	540.085,20	494.944,76	543.625,78	562.984,11	622.626,12	548.940,91	527.955,61	618.653,12	90.697,51
9000 Gewerbesteuer	548.221,77	1.646.969,90	1.009.321,30	1.831.880,31	882.891,82	943.083,31	613.863,99	1.172.762,96	558.898,97
9000 Gemeindeanteil an der Einkommen- u. Lohnst.	0,00	0,00	8.461.336,45	595.004,69	0,00	0,00	0,00		0,00
9000 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	0,00	645.530,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
9000 Vergütungssteuer	18.855,19	17.884,19	18.616,19	47.723,00	4.894,00	9.476,09	35.859,42	38.756,24	2.896,82
9000 Hundesteuer	16.156,01	13.997,48	15.695,53	16.270,71	15.316,46	15.702,17	15.680,46	14.780,89	-899,57
9000 Zweitwohnungssteuer	0,00	0,00	0,00	10.944,00	8.458,00	53.969,29	19.033,82	13.885,90	-5.147,92
9000 Finanzzuweisung des Landes § 5 FAG	0,00	6.684,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
9000 Zuweisung des Landes § 11 FAG	0,00	179.883,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
9000 Familienleistungsausgleich	0,00	583.069,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
9100 Zinsen aus vorübergeh. Geldanlagen	0,00	100.956,58	0,00	0,00	0,00	41.366,12	9.279,96	9.688,45	408,49
9100 Zinsen aus Arbeitgeberdarlehen	4.143,00	1.839,55	7.054,98	1.803,85	3.841,17	3.796,09	3.718,11	3.402,49	-315,62
9100 Bürgschaftsgebühren	13.064,34	11.780,77	3.194,37	1.430,89	0,00	0,00	18.299,71	452,74	-17.846,97
Sonstige kleinere Beträge aus verschiedenen Einnahmearten	47.311,22	67.707,87	64.525,58	53.039,11	42.025,40	139.195,88	129.374,97	154.521,01	25.146,04
<b>Gesamtsumme</b>	<b>4.864.524,46</b>	<b>9.303.052,25</b>	<b>14.359.405,11</b>	<b>6.479.830,28</b>	<b>4.776.819,67</b>	<b>5.252.761,34</b>	<b>4.702.164,36</b>	<b>4.944.062,78</b>	<b>241.898,42</b>

Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt	2006 €	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	gegenüber Vorjahr +/-
<b>Gesamtsumme</b>	4.864.524,46	9.303.062,25	14.359.405,11	6.479.830,28	4.776.819,67	5.252.761,34	4.702.164,36	4.944.062,78	241.898,42
abzüglich negative Einnahmereste	-72.467,23	-90.715,13	-86.066,37	-115.480,30	-73.105,66	-59.039,11	-90.426,79	-50.675,32	39.751,47
Kasseneinnahmereste lt. Haushaltsrechnung	<b>4.792.057,23</b>	<b>9.212.337,12</b>	<b>14.273.338,74</b>	<b>6.364.349,98</b>	<b>4.703.714,01</b>	<b>5.193.722,23</b>	<b>4.611.737,57</b>	<b>4.893.387,46</b>	<b>281.649,89</b>
abzüglich Kasseneinnahmereste Eigenbetriebe	259.216,68	440.742,53	1.209.459,84	325.145,25	180.414,75	409.784,07	75.139,11	116.537,79	41.398,68
<b>Summe:</b>	<b>4.532.840,55</b>	<b>8.771.594,59</b>	<b>13.063.878,90</b>	<b>6.039.204,73</b>	<b>4.523.299,26</b>	<b>4.783.938,16</b>	<b>4.536.598,46</b>	<b>4.776.849,67</b>	<b>240.251,21</b>
abzüglich Gewerbesteueransetzungen	958.941,12	985.473,31	369.514,19	591.797,20	414.328,35	581.629,68	326.272,00	273.261,59	-53.010,41
<b>Effektive Reste</b>	<b>3.573.899,43</b>	<b>7.786.121,28</b>	<b>12.694.364,71</b>	<b>5.447.407,53</b>	<b>4.108.970,91</b>	<b>4.202.308,48</b>	<b>4.210.326,46</b>	<b>4.503.588,08</b>	<b>293.261,62</b>
KER gemessen an den Gesamteinnahmen:	<b>157.539.922,75</b>	<b>171.728.105,16</b>	<b>173.408.851,50</b>	<b>169.469.650,05</b>	<b>188.031.238,56</b>	<b>196.813.546,83</b>	<b>229.729.570,00</b>	<b>245.460.170,00</b>	<b>15.730.600,00</b>
ohne Eigenbetriebe	4.532.840,55	8.771.594,59	13.063.878,90	6.039.204,73	4.523.299,26	4.783.938,16	4.536.598,46	4.776.849,67	240.251,21
mit Eigenbetriebe	4.792.057,23	9.212.337,12	14.273.338,74	6.364.349,98	4.703.714,01	5.193.722,23	4.611.737,57	4.894.612,18	282.874,61
Effektive Rest	3.573.899,43	7.786.121,28	12.694.364,71	5.447.407,53	4.108.970,91	4.202.308,48	4.210.326,46	4.503.588,08	293.261,62
abzüglich Reste von der GWG	350.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
abzüglich Reste von Bund/Land	23.440,50	3.414.635,75	8.511.507,43	717.114,39	0,00	21.943,09	252.671,82	122.150,42	-130.521,40
abzüglich Konzessionsabgabe SWT	1.117.000,00	1.174.000,00	829.766,53	1.116.500,00	1.070.500,00	1.132.750,00	1.033.000,00	1.027.321,22	-5.678,78
<b>verbleibender Rest</b>	<b>2.083.458,93</b>	<b>3.197.485,53</b>	<b>3.363.090,75</b>	<b>3.613.793,14</b>	<b>3.038.470,91</b>	<b>3.047.615,39</b>	<b>2.924.654,64</b>	<b>3.354.116,44</b>	<b>429.461,80</b>
<b>Anteil am HH-Volumen</b>	<b>1,32%</b>	<b>1,86%</b>	<b>1,93%</b>	<b>2,13%</b>	<b>1,62%</b>	<b>1,55%</b>	<b>1,27%</b>	<b>1,37%</b>	

**Kasseneinnahmereste  
Vermögenshaushalt 2013**

	2006 €	2007 €	2008 €	2009 €	2010 €	2011 €	2012 €	2013 €
2000 Kostenerstattung von Dritten								
2114 Zuweisungen des Bundes	0,00	0,00	0,00	5.198,63	0,00	0,00	0,00	0,00
2124 Zuweisungen des Bundes	0,00	0,00	0,00	314.084,49	0,00	0,00	0,00	0,00
2125 Zuweisungen des Bundes	0,00	0,00	0,00	79.017,25	0,00	0,00	0,00	0,00
2126 Zuweisungen des Bundes	0,00	0,00	0,00	203.410,21	71.029,72	0,00	0,00	0,00
2129 Zuweisungen des Bundes	0,00	0,00	0,00	286.680,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2131 Zuweisungen des Bundes	0,00	0,00	0,00	281.091,23	133.080,00	0,00	0,00	0,00
2300 Zuweisungen des Landes	0,00	301.000,00	0,00	65.995,50	0,00	0,00	0,00	0,00
2340 Zuweisungen des Landes	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	109.600,00	12.900,00	12.900,00
2810 Zuweisungen des Bundes	0,00	0,00	0,00	255.600,00	255.600,00	0,00	0,00	
2950 Zuweisungen des Bundes	0,00	0,00	0,00	122.160,00	0,00	0,00	0,00	
2951 Zuweisungen des Bundes	0,00	0,00	0,00	407.960,40	303.005,87	0,00	0,00	
3212 Verkaufserlöse und Ersatzleistungen	11.219,72	11.219,72	11.219,72	11.219,72	11.219,72	11.219,72	11.219,72	11.219,72
3310 Zuweisungen des Bundes	0,00	0,00	0,00	491.802,09	0,00	0,00	0,00	
3410 Einnahmen aus Sponsoring	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00	39.052,00
3400 Zuschuss Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
4642 Zuweisungen des Bundes	0,00	0,00	0,00	559.161,86	35.210,00	0,00	0,00	
5611 Namensrecht	0,00	1.190.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
5610 Zuweisungen des Bundes	0,00	0,00	0,00	102.971,00	75.000,00	0,00	0,00	
5800 Ersatzleistungen f. Sachschäden	7.604,32	7.604,32	1.860,62	1.860,62	4.565,28	5.426,46	1.860,62	6.882,22
6300 Erschließungsbeiträge	142.133,73	125.746,41	76.064,26	139.105,64	139.105,68	137.671,02	137.671,02	193.998,64
6300 Rückzahlung überzahlter Bauausgaben	0,00	0,00	0,00	30.223,72	33.710,33	4.934,84	4.934,84	4.934,84
6300 Erstattungen Gemeindestraßen	0,00	100.364,27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
6300 Zuwendungen des Landes GVFG					95.000,00	95.000,00	0,00	442.000,00
6800 Ablösungsbeiträge für Einstellplatzverpflichtungen	79.436,38	100.955,38	71.669,38	57.669,38	51.669,38	51.669,38	359.669,38	391.669,38
6900 Zuweisungen des Landes	0,00	0,00	0,00	860.000,00	738.000,00	445.800,00	0,00	
7010 Entwässerungsbeiträge	118.270,33	109.062,47	109.062,47	109.062,47	109.062,47	104.381,58	104.381,58	104.381,58
7611 Zuweisungen des Landes					100.250,00	0,00	0,00	0,00
7700 Darlehensrückflüsse		10.750,00	10.750,00	10.750,00	0,00	10.750,00	10.750,00	0,00
8800 Grundstückserlöse	61.307,49	61.307,49	114.134,35	189.400,00	1.107.500,15	22.115,40	0,00	
8800 Grundstückserlöse Neckaraue	696.542,00	672.000,00	672.000,00	672.000,00	672.000,00	672.000,00	672.000,00	672.000,00
8800 Grundstückserlöse für Großsporthalle	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
9100 Darlehensrückflüsse	18.092,59	18.092,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
9100 Fehlbetrag HH-Jahr 2003	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Sonstige und kleinere Beträge	766,94	766,94	766,94	4.459,86	0,00	4.060,00	0,00	
Kasseneinnahmereste	1.135.373,50	2.708.869,59	1.067.527,74	5.260.884,07	3.935.008,60	1.674.628,40	1.325.387,16	1.879.038,38
abzügl. negative Einnahmereste	-14.703,91	-6.500,00	0,00	0,00	0,00	-2.145,00	-3.695,00	-23.610,00
Kasseneinnahmereste lt. Haushaltsrechnung	<b>1.120.669,59</b>	<b>2.702.369,59</b>	<b>1.067.527,74</b>	<b>5.260.884,07</b>	<b>3.935.008,60</b>	<b>1.672.483,40</b>	<b>1.321.692,16</b>	<b>1.855.428,38</b>

	Stand 2007	Stand 2008	Stand 2009	Stand 2010	Stand 2011	Stand 2012	Stand 2013
<b>1 Anlagevermögen</b>							
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	223.727 €	212.331 €	282.066 €	299.251 €	294.488 €	272.100 €	283.609 €
1.2 Sachvermögen							
1.2.1 Unbebaute Grundstücke	1.215.145 €	26.596.102 €	34.998.635 €	72.022.574 €	127.587.403 €	127.470.650 €	128.625.605 €
1.2.2 Bebaute Grundstücke	542.552 €	29.866.233 €	67.274.111 €	114.291.879 €	119.861.871 €	127.992.802 €	123.213.448 €
1.2.3 Infrastrukturvermögen	561.988 €	2.701.314 €	4.246.207 €	8.472.341 €	12.513.719 €	65.115.034 €	63.179.098 €
1.2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	- €	- €	- €	- €	- €	- €	449.640 €
1.2.5 Kunstgegenstände/Kunstdenkmäler	3.380.691 €	3.388.785 €	3.406.581 €	3.511.004 €	3.583.338 €	3.605.736 €	3.625.682 €
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1.280.477 €	2.622.691 €	2.894.390 €	4.802.638 €	4.676.909 €	6.763.564 €	7.218.084 €
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.079.604 €	4.249.103 €	4.712.194 €	4.683.810 €	5.308.915 €	5.986.158 €	6.401.487 €
1.2.8 Vorräte	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.9 Geleistete Anzahlung, Anlagen im Bau	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
1.3 Finanzvermögen							
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	50.780.481 €	50.780.481 €	49.757.897 €	50.720.177 €	50.083.019 €	50.136.722 €	59.017.815 €
1.3.2 Sonstige Beteiligungen	411.112 €	414.612 €	388.612 €	- €	- €	- €	- €
1.3.3 Sondervermögen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
1.3.4 Ausleihungen	3.766.182 €	3.498.588 €	4.068.837 €	3.456.892 €	- €	- €	- €
1.3.5 Wertpapiere	23.008 €	23.008 €	- €	23.008 €	- €	- €	- €
1.3.6 Öffentlich-rechtl. Ford. und Ford. aus Transferf.	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Kasseneinnahmereste	14.304.014 €	17.377.857 €	13.824.525 €	10.967.685 €	8.872.595 €	8.240.770 €	8.865.239 €
1.3.7 Privatrechtl. Forderungen, sonst. Finanzvermögen	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Geldanlagen	23.497.839 €	26.367.839 €	16.670.000 €	14.510.000 €	32.530.000 €	66.400.000 €	84.500.000 €
Haushaltseinnahmereste	9.149.477 €	9.949.352 €	7.948.949 €	6.612.915 €	10.616.713 €	7.282.420 €	6.334.087 €
1.3.8 Interne Forderungen aus inneren Darlehen	3.270.734 €	3.270.734 €	3.270.734 €	3.270.734 €	3.270.734 €	- €	7.800.000 €
1.3.9 Liquide Mittel	8.277.641 €	90.029 €	1.343.140 €	4.716.828 €	1.403.213 €	- €	- €
Kassenbestand bei der GWG	- €	- €	- €	- €	- €	250.581 €	288.627 €
Kassenbestand Stadtkasse	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
<b>2 Abgrenzungsposten</b>							<b>16.128.759 €</b>
2.1 ARAP	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
2.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
<b>3 Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag)</b>							
<b>Summe der nicht bewerteten Sachanlagen</b>	<b>123.764.671 €</b>	<b>181.409.059 €</b>	<b>215.086.878 €</b>	<b>302.361.737 €</b>	<b>380.602.917 €</b>	<b>469.516.536 €</b>	<b>515.931.180 €</b>
<b>Haushaltsausgabereiste Vermögenshaushalt</b>	<b>268.909.169 €</b>	<b>222.766.752 €</b>	<b>184.633.547 €</b>	<b>106.761.286 €</b>	<b>54.248.815 €</b>	<b>4.872.642 €</b>	<b>2.192.663 €</b>
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>405.228.661 €</b>	<b>419.591.818 €</b>	<b>417.513.153 €</b>	<b>420.334.713 €</b>	<b>450.941.149 €</b>	<b>499.041.594 €</b>	<b>550.437.096 €</b>

## PASSIVA

<b>1 Kapitalpositionen</b>		<b>Stand 2007</b>	<b>Stand 2008</b>	<b>Stand 2009</b>	<b>Stand 2010</b>	<b>Stand 2011</b>	<b>Stand 2012</b>	<b>Stand 2013</b>
1.1 Basiskapital		19.851.289 €	24.851.498 €	22.592.730 €	25.274.540 €	32.538.329 €	340.001.081 €	383.937.801 €
1.2 Rücklagen		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.1 RL aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.2 RL aus Überschüssen des Sonderergebnisses		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.3 BewertungsRL f. Übersch. des Bewertungserg.		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.4 Zweckgebundenen Rücklage		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
1.2.5 Sonstige Rücklagen		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
1.3 Ergebnis								
1.3.1 Ergebnismvortrag aus Vorjahr		3.772.844 €	6.468.100 €	149.603 €	- €	3.784.983 €	6.562.842 €	20.372.965 €
1.3.2 Jahresüberschuss/-fehlbetrag		- €	- €	- €	3.784.983 €	6.562.842 €	20.372.965 €	9.153.552 €
Überschuss Vermögenshaushalt		6.468.100 €	149.603 €	- €				
1.4 Sonderposten								
1.4.1 Sonderposten für Investitionszuweisungen		5.514.843 €	13.059.372 €	34.666.978 €	39.444.013 €	44.805.015 €	48.887.753 €	50.118.701 €
Zuweisungen lt. Vermögensrechnung		22.396.991 €	19.786.884 €	26.776.748 €	30.448.789 €	8.355.984 €	14.797.095 €	13.914.760 €
1.4.2 Sonderposten für Investitionsbeiträge		18.977.935 €	18.977.935 €	20.537.713 €	8.245.372 €			
<b>2 Rückstellungen</b>								
2.2 Lohn- und Gehaltsrückstellungen		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
2.3 Instandhaltungsrückstellungen		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
2.4 Stilllegungs- und Nachsorgerrückstellungen		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
2.5 Gebührenüberschussrückstellungen		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
2.6 Altlastensanierungsrückstellungen		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
2.7 RSt. im Rahmen d. Finanzausgl. u. Steuerschuldverh.		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
2.8 RSt. f. droh. Verpfl. aus Bürgsch., Gewährl. u. anh. Gerichtsverf.		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
<b>3 Verbindlichkeiten</b>								
3.1 Anleihen		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
3.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		23.234.199 €	25.886.733 €	29.661.586 €	27.505.864 €	30.939.573 €	35.754.519 €	31.367.855 €
3.3 Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
3.4 Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
Kassenausgaben		17.188.439 €	6.355.115 €	4.752.930 €	3.777.476 €	4.904.547 €	4.825.568 €	7.657.114 €
3.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
3.6 Interne Verbindlichkeiten aus inneren Darlehen		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
3.7 Sonstige Verbindlichkeiten		- €	7.538.434 €	- €	- €	- €	- €	- €
<b>4 PRAP</b>								
		- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
<b>Kassenbestand GWG</b>		153.820 €	90.029 €	74.907 €	374.048 €	377.993 €	250.581 €	288.627 €
<b>Summe des nicht bewerteten Deckungskapital</b>		<b>117.558.460 €</b>	<b>123.163.704 €</b>	<b>139.213.197 €</b>	<b>138.855.086 €</b>	<b>132.269.266 €</b>	<b>471.452.404 €</b>	<b>516.811.374 €</b>
<b>Haushaltsausgaben</b>		<b>273.015.626 €</b>	<b>278.248.434 €</b>	<b>258.412.442 €</b>	<b>267.848.202 €</b>	<b>299.445.061 €</b>	<b>847.153 €</b>	<b>1.312.469 €</b>
<b>SUMME PASSIVA</b>		<b>14.654.576 €</b>	<b>18.179.680 €</b>	<b>19.887.513 €</b>	<b>13.631.425 €</b>	<b>19.226.822 €</b>	<b>26.742.037 €</b>	<b>32.313.253 €</b>
		<b>405.228.661 €</b>	<b>419.591.818 €</b>	<b>417.513.152 €</b>	<b>420.334.713 €</b>	<b>450.941.149 €</b>	<b>499.041.594 €</b>	<b>550.437.096 €</b>

